

Chronologie Schweiz-Südafrika 1987

Bestandesaufnahme Archiv der Aktion Finanzplatz Schweiz

Preis: Fr. 75.- pro Jahr; alle 6 Jahre (1985-90): Fr. 400.-

Kopien der einzelnen Artikel können bei der AFP bezogen werden (je Fr. 3.50).

bei beidseitigem druck diese seite mit einer weissen seite ersetzen

1-ZA: Zeitungsarchiv der Aktion Finanzplatz Schweiz

“Presseschau”: Presseschau zur Parlamentarischen Initiative “Südafrika Sanktionen. Umgehung durch die Schweiz”, zusammengestellt vom Dokumentationsdienst der Bundesversammlung (abgelegt zuhinterst im Zeitungsarchiv-Kuvert 1986, nicht chronologisch)

-87 1-ZA

Südafrika und die Schweiz. Zur Geschichte einer intimen Allianz

von Mascha Madörin
(Widerspruch, 13/87)

1-87 1-ZA

Die wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen des ANC für ein befreites Südafrika
von Oliver Tambo

insbesondere zum Thema “one person - one vote” versus Gruppenrechte und Föderation, die auf Rassismus basieren
(Neue Wege, Januar 1987)

5-1-87 1-ZA

USA werben gemeinsam mit SA für Gold. Trotz Embargo gegen südafrikanische Goldmünzen spannen Goldproduzenten zusammen

Die Goldminen der USA, Kanadas, Australiens, Brasiliens, Japans und Fijis werben gemeinsam mit SA für Gold. Zu diesem Zweck haben sie den World Gold Council gegründet. Diese Gremium wird massgebend von SA mitfinanziert.
(Berner Zeitung, 5.1.87/“Presseschau”)

9-1-87 1-ZA

Südafrika: Bundesrat will den Handel besser überwachen

Der BR lehne Sanktionen ab, wolle aber Umgehungsgeschäfte verhindern und “positive Massnahmen” prüfen, sagte Aubert im Dezember. Seither sind im Bundeshaus zwei Arbeitsgruppen dabei, diese Ziele zu konkretisieren:

1. eine von Minister Jenö Staehelin geleitete interne Arbeitsgruppe des EDA prüft die “positiven Massnahmen”, während
 2. eine von Minister Alexis Lauterberg (EDA) gebildete interdepartementale “task force” die Überwachung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der Schweiz mit SA verbessern soll.
- Mitte Januar wird ein erster Bericht erwartet.

(Basler Zeitung, 9.1.87/ “Presseschau”)

10-1-87 1-ZA

Bund überwacht den Warenfluss nach Südafrika. Wirkliches Ausmass der sanktionsbedingten Umgehungsgeschäfte über die CH bleibt aber im Dunkeln

2 neue Arbeitsgruppen im EDA: (Lauterberg und Staehelin)

> AG Lauterberg: soll den Handelsstrom nach SA überwachen sowie den Warentransit durch die CH. Gerade über den Transit wird allerdings kaum ein Überblick möglich sein. “Wir führen gar keine Statistik mehr über den Warentransit”, heisst es bei der Abteilung Handelsstatistik in der Oberzolldirektion. Die internationalen Transitpapiere seien derart vereinfacht worden, dass sie nicht mehr aufschlussreich seien. Dazu kommt, dass ohnehin ein Drittel der Deklarationen gefälscht sei. Die AG setzt offenbar auf die Wachsamkeit der Zöllner und ihr Gespür bei Stichproben. Die besondere Aufmerksamkeit der AG gilt den Handelsgütern, gegen die Sanktionen ergriffen wurden, z.B. Krügerland sowie Exportverbote für Eisen, Stahl, Erdöl und Computertechnologie. Die AG führt Buch darüber, ob in diesem Bereich der Handelsfluss zugenommen hat, um Umgehungsgeschäften auf die Spur zu kommen und zu erfahren, ob CH-Unternehmer in die Lücke springen.

Aussenhandelsstatistik: 1985: Exporte nach SA: 489 Mio Fr, Importe 193 Mio Fr, 1986 (Stand Nov.): Exporte 389 Mio Fr, Importe 142 Mio Fr >bislang keine Anzeichen, dass Handelsvolumen gestiegen ist.

Der Überwachung der AG entzieht sich allerdings alles, was nicht als Ware über die CH verschoben wird >EDA: "für die sogenannten Dreiecksgeschäfte gibt es bisher keine Anhaltspunkte."

> AG Staehelin: soll prüfen, was die CH unternehmen könnte, um die Lage der Schwarzen in SA zu verbessern. In erster Linie Unterstützungsprogramme im Bildungsbereich; für 1987 950'000 Fr. für Stipendien bewilligt. Plus Gespräche mit CH-NGOs und -Wirtschaft. Doch: "Die Schweiz kann die Situation in SA nicht entscheidend beeinflussen", heisst es im EDA. (Berner Zeitung, 10.1.87)

16-1-87 1-ZA

Weitere Umschuldungsrunde

-> diesen Monat

3 members of the second Standstill Co-ordinating Committee set up in April 1986, finance Director General Chris Stals, Reserve Bank deputy governor Jan Lombard, and legal adviser Willem du Plessis left for Europe last week to visit some creditor banks to discuss debt repayment arrangements. Details of the trip are being withheld from the press. The issue is sensitive for creditor banks, which want to avoid publicity linking them to SA.

-> aktueller Stand und Rückblick auf arrangements

(Financial Mail (SA), 16.1.87)

21-1-87 1-ZA

Stellungnahme zu SA, Reaktion auf Satour-Inserate

Pressekonferenz AAB, Südafrikaboykott, Arbeitskreis Tourismus&Entwicklung, Aktion Zürich Südafrika Boykott:

AAB und Südafrikaboykott verfassten eine Stellungnahme zu SA - als Reaktion auf die Inserate der südafrikanischen Tourismusagentur SATOUR, die in den europ. Tageszeitung mit den Slogans "Lassen Sie sich nicht verschaukeln, Südafrika ist eine Reise wert", oder "Vorurteile sind gefährlich (...), verlassen Sie sich nicht aufs Hörensagen" für Reisen nach SA warb:

"Lassen Sie sich nicht einspannen. Nur ein freies Südafrika ist eine Reise wert." Die Stellungnahme, finanziert von mehr als 154 Schweizer Medienschaffenden, hätte als ganzseitiges Inserat in der NZZ und im Tages-Anzeiger erscheinen sollen, doch die NZZ lehnte die Publikation ohne Angabe eines Grundes ab, und auf die Stellungnahme des Tagi warten die Initianten noch. "Unter diesen Umständen muss von der Annahme ausgegangen werden, dass sich die Neue Zürcher Zeitung und der Tagesanzeiger freiwillig einem Teil der südafrikanischen Zensurmassnahmen anschliessen."

(Presseerklärung AAB, Südafrikaboykott, Arbeitskreis Tourismus&Entwicklung, Aktion Zürich Südafrika Boykott, 21.1.87)

22-1-87 1-ZA

Südafrika-Sanktionen mit unerwünschten Folgen

-> Analyse des Münchner Ifo-Instituts: Die Wirtschaftssanktionen gegen SA zeigen ökonomisch bereits erhebliche Wirkungen. Die SA-Wirtschaft befinde sich v.a. wegen des gesperrten Zugangs zu den internationalen Kapitalmärkten in einem Schrumpfungsprozess mit stark zunehmender Arbeitslosigkeit. Dem Ziel der Sanktionen, nämlich einer beschleunigten und möglichst unblutigen Abschaffung der Apartheid, komme man so allerdings nicht näher. Im Gegenteil trügen die negativen wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen zu einer "rassistischen Polarisierung" bei. Bei der Regierung zeige sich in jüngster Zeit "Reformmüdigkeit"; politisch vorrangig sei für Pretoria derzeit das wirtschaftliche Überleben bei einer gleichzeitig erfolgenden Absicherung der Vorrangstellung der weissen Minderheit.

Ifo: "Sanktionen können deshalb nicht als geeignetes Mittel zur Beschleunigung einer friedlichen Teilung der Macht betrachtet werden"; sie seien eine "externe Beteiligung am Machtkampf, aber von polarisierendem Einfluss auf die Art seiner Austragung".

Regierung und Wirtschaft seien dabei, nach Gegenmassnahmen zu suchen. So würden mit Unterstützung des "Secretariat for unconventional Trade" ständig Wege zu Umgehung von

Sanktionen entwickelt, die SA auch völlig neue Märkte öffneten; Kooperationen mit Auslandsfirmen, Gründung von Scheinfirmen im Ausland und "Etikettenschwindel" seien weitere Massnahmen.
(Neue Zürcher Zeitung, 22.1.87)

23-1-87 1-ZA

US is keeping close check on SA trade

(Star (US), 23.1.87)

12-2-12 1-ZA

US Pretoria Policy a failure, says unit

A panel appointed by the Reagan administration to evaluate American policy toward South Africa has concluded that the administration's policy of "constructive engagement" has failed. The panel recommended a "concerted international effort" to impose sanctions and isolate SA economically."

(Int. Her. Trib. (US), 12.2.87)

23-1-87 1-ZA

Handel mit SA war 1986 rückläufig

Der Handel der CH mit SA hat 1986 im Vergleich zum Handel mit anderen Ländern stark abgenommen: Ausfuhren: minus 10.8%, Einfuhren: minus 10%.

(AP/Tages-Anzeiger, 23.1.87)

23-1-87 1-ZA

Keine Unterstützung für Anti-Apartheid-Veranstaltungen: Zürichs "Glaubwürdigkeit"

Zürcher Stapi Thomas Wagner hat entschieden (gegen den Willen seiner Berater in der Präsidialabteilung), die SA-Woche in der Roten Fabrik (Nadine Gordimer, Market Theatre) sei nicht unterstützenswürdig. (Gesuch: 8000.-). Grund: Stapi will Bankensponsoring respektive es nicht mit diesen Sponsoren verderben

(WochenZeitung, 23.1.87)

28-1-87 1-ZA

"Sanktionen treffen nicht die Masse der Südafrikaner": Didymus Mutasa

Der Parlamentspräsident von Zimbabwe, äussert sich über Südafrika, Frontstaaten-Problematik und Boykott

Frage: Zimbabwe hat die Verhängung von Südafrika-Sanktionen verkündet. Haben die Frontstaaten angesichts ihrer Abhängigkeit vom Apartheidstaat überhaupt Spielraum für eine Boykottpolitik?

Mutasa: "Ja, demnächst werden wir gegen SA jene Sanktionen verhängen, die von den Commonwealth-Staaten im August 1986 beschlossen worden sind (Abbruch des Luftverkehrs, Investitionsstopp, Importstopp für Agrarprodukte etc.). Wir fordern nicht nur andere Länder zu Sanktionen auf, wir wollen unseren eigenen Beitrag im Kampf gegen die Apartheid leisten. In diesem Zusammenhang drängt sich eine Klarstellung auf. Sanktionen treffen nicht die breite Masse der Südafrikaner. Denn sie hat nichts zu verlieren. Das haben wir selber zur Zeit der Rhodesien-Sanktionen immer wieder betont: Unser Volk litt nicht unter jener Embargo-Politik, jedenfalls die grosse Masse nicht."

Frage: Dennoch: Kann sich Zimbabwe Südafrika-Sanktionen leisten?

Mutasa: "Ob sich Zimbabwe die Sanktionen leisten kann, steht nicht zur Debatte. Wir fühlen uns moralisch verpflichtet. Wir müssen materielle Einschränkungen hinnehmen, um die Entwicklung in SA zu korrigieren. Wir müssen zu kleineren Opfern bereit sein."

(Basler Zeitung, 28.1.87)

30-1-87 1-ZA

Südafrika: Wie die US-Firmen trotz Sanktionen gut verdienen

Ausstieg der US-Multis aus SA habe mehr mit der Wirtschaftskrise und betriebsinternen Strukturänderungen zu tun als mit einer weitsichtigen Anti-Apartheid-Strategie.

(WochenZeitung, 30.1.87/Weekly Mail (SA), 24.-30.10.86)

2-87 1-ZA

Behind Barclays' South African Withdrawal

Anthony Sampson chronicles the events leading up to 24-11-86 (withdrawal of Barclay's from SA); ausführlicher Artikel
(Business, 2-87)

10-2-87 1-ZA

Wirtschaftssanktionen tragen zu einer Polarisierung in SA bei

-> Ifo-Studie
(Reuter/Tages-Anzeiger, 10.2.87)

11-2-87 1-ZA

Politische Schatten über Südafrikas Wirtschaft. Stimulierungsmassnahmen im Interimsbudget

(Neue Zürcher Zeitung, 11.2.87)

12-2-87 1-ZA

Worse than slaves

Artikel über Arbeitsbedingungen auf SA-Farmen und Verletzung des GATT-Abkommens
(The New Nation (SA), 12.-18.2.87)

13-2-87 1-ZA

Anschlag im SMUV-Haus galt BBC. Protest gegen SA-Geschäfte

Auf die BBC-Firma Tabelec-Leittechnik im SMUV-Gebäude in Bern ist ein Anschlag verübt worden: Computeranlagen besprayed und versuchte Brandlegung
(WochenZeitung, 13.2.87)

13-2-87 1-ZA

SADCC sets up food fund to block SA countersanctions

At the Southern African Development Co-ordination Conference meeting the front states decided to set up a fund for overseas donors. They fear SA will use food as a weapon to strike back at its neighbours.
(Windhoek Adv. (Nam), 2.2.87)

17-2-87 1-ZA

Verkrampfte Managers in Western Europe

The Institute for Research and Information on Multinationals (IRM) (Geneva) made a study on the different views on sanctions. The difference in attitude between US and West European companies can partly be attributed to the fact that proportionally speaking, US companies have a smaller stake in the SA economy. Furthermore, in the US there is a large domestic market whereas the Europeans are dependent on foreign investments. A more important difference is the pressure upon these companies to withdraw. In the US there is much more pressure than in Western Europe. In the US the disinvestment campaign was laid by the civil rights movement. On the contrary, German, Swiss and French companies, in particular, are hardly under any pressure at all as a result of anti-apartheid campaigns. Following the withdrawal of Barclays from SA, Shell is the only Western European company which has been put under pressure to withdraw.
(NRC-Handelsblad, 17.2.87)

20-2-87 1-ZA

Uno: Sanktionen abgelehnt

Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über eine Resolution, in der die Verhängung von Sanktionen gegen SA gefordert wurde: Veto der USA und GB, auch BRD stimmte dagegen; F und Japan enthielten sich der Stimme. Italien sprach sich als einziger westlicher

Mitgliedsstaat des 15köpfigen Gremiums für die von 5 blockfreien Ländern (Argentinien, Kongo, Ghana, Vereinigte Arabische Emirate, Sambia) eingebrachte Resolution aus, genauso wie Bulgarien, China, die Sowjetunion und Venezuela. Die Resolution forderte die Verhängung einer ganzen Reihe verbindlicher Sanktionen, ähnlich jenen, die im vergangenen Jahr der US-Kongress durchgesetzt hatte. (Sapa (SA), 23.2.87)

24-2-87 1-ZA

Keine Belastung der Exportrisikogarantie durch SA-Geschäfte

Die Exportrisikogarantie ist nie für Schäden aus Geschäften schweizerischer Firmen mit SA in Anspruch genommen worden - laut BR auf Anfrage der Poch-Nationalrätin Barbara Gurtner. Nach Angaben des BR waren 1981-1986 durchschnittlich Garantien in der Höhe von 107 Mio Fr pro Jahr für Geschäfte mit SA ausgestellt worden.

NZZ: "Wegen des berechtigten Anspruchs der Exportfirmen auf Wahrung des Geschäftsgeheimnisses gibt die Landesregierung keine näheren Angaben über die versicherten Geschäfte." Im gleichen Zeitraum konnten aufgrund von Zahlungseingängen bei den Exporteuren jährlich im Durchschnitt Garantien von 109 Mio. Fr. abgebucht werden. Diese Zahlungen beruhen zum Teil auf Garantien, die noch vor 1981 erteilt worden waren. (SDA/Neue Zürcher Zeitung, 24.2.87)

25-2-87 1-ZA

Rückzug aus Südafrika: Augenwischerei

Der Rückzug vieler Multis aus SA ist nach einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialrats der Uno nur Augenwischerei. Unternehmen wie GM, IBM oder Eastman Kodak verkaufen zwar ihre südafrikanischen Filialen an lokale Unternehmer, doch ihre Erzeugnisse sind in SA nach wie vor erhältlich: Sie werden entweder weiter importiert oder in Lizenz hergestellt.

"Die meisten transnationalen Unternehmen, die in SA Direktinvestitionen besitzen, setzen ihre laufende Tätigkeit fort; und einige Firmen haben ihre Investitionen in jüngster Zeit sogar ausgedehnt", heisst es im Bericht des Ecosoc. Diese blosser Verlagerung der Geschäftstätigkeit führe zudem zu einer Konzentration des Vermögens der "abgewanderten" Firmen in den Händen weisser Geschäftsleute. Es stelle sich deswegen die Frage nach der Wirksamkeit der bisherigen Massnahmen gegen das Apartheidsystem. (Basler Zeitung, 25.2.87)

26-2-87 1-ZA

Südafrika soll über Bill informieren

SEK-Vorstand interveniert bei der SA-Botschaft in Bern wegen der Inhaftierung von Jean-François Bill. Er sitzt seit 21-6-86 im Gefängnis und wartet immer noch auf offizielle Anklage und Prozess.

(SDA/Berner Zeitung, 26.2.87)

3-3-87 1-ZA

Drive to end Shell links with SA

The Anti-Apartheid movement has launched a campaign to boycott the products of Shell. (Fin. Times (Br) 3.3.87)

3-3-87 1-ZA

Schweden verhängt Südafrika-Boycott

Schweden wird sich zu Dänemark und Norwegen gesellen, die als bisher einzige Länder einen Handelsboykott gegen SA verhängt haben.

Die Verhängung von einseitigen Handelssanktionen bedeutet für das neutrale Schweden einen Bruch mit langjährigen aussenpolitischen Prinzipien. Die nach dem Aussenminister der Nachkriegsjahre benannte "Unden-Linie", dass Schweden nur dann an Sanktionen teilnimmt, wenn diese im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossen wurden, zählte bisher zu den

Grundpfeilern der schwedischen Neutralitätspolitik. Wartete auch diesmal auf Uno, aber dort fand sich nicht mal eine Mehrheit für freiwillige Sanktionen.

Man habe, so Ministerpräsident Ingvar Carlsson, vor zwei Waagschalen gestanden, und die Abscheu vor dem Apartheidregime habe schwerer gewogen als die Rücksicht auf die traditionelle Aussenpolitik.

(Basler Zeitung, 5.3.87)

6-3-87 1-ZA

Shell boycott begins in UK

(SA Report (SA), 6.3.87)

7-3-87 1-ZA

Von Unruhen nichts gemerkt

SA wird trotz massiver Proteste an der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin teilnehmen. (taz (BRD), 7.3.87)

11-3-87 1-ZA

Tutu says sanctions are the only strategy

(Fin. Times (Br), 11.3.87)

12-3-87 1-ZA

Vor neuen Schuldengesprächen Südafrikas

Die Wiederaufnahme der Umschuldungsverhandlungen für die 12 Monate ab Juli soll im April erfolgen; SA-Delegation wieder von Chris Stals geleitet; Fritz Leutwiler nimmt nicht teil. SA ist der ihm von Leutwiler Anfang 1986 auferlegten Verpflichtung zur Rückzahlung von 5% der 14 Mia \$ betragenden, dem Moratorium unterstehenden Auslandsschuld seither nachgekommen.

Aus finanzieller Sicht sind die Voraussetzungen für eine weitere Schuldentilgung gegeben. Der Aussenhandelsüberschuss beträgt für 1986 etwas mehr als 7 Mia Rand; die Gold- und Devisenreserven belaufen sich auf über 6 Mia Rand. Dieser Stand könnte gemäss den Berichten die Gläubigerbanken veranlassen, eine umfassendere Schuldentilgung zu verlangen.

NZZ: "Sanktionen und Desinvestitionen haben weder die Regierung in Pretoria noch die südafr. Wirtschaft in die Knie gezwungen. Die ‚Buy outs‘ ausländischer Beteiligungen an hiesige Investoren zu unter dem Finanzrand-Kurs getätigten ‚Ausverkaufspreisen‘ sind bisher reibungslos vonstatten gegangen. In dieser Hinsicht sollte die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft - ungeachtet einer notwendigen und beschleunigten Reform - eigentlich im Interesse der Gläubigerbanken liegen. Trage man dem nicht gebührend Rechnung, wäre, so wird weiter argumentiert [in Expertenberichten], die neuste brasilianische ‚Lösung‘ immerhin eine ins Auge zu fassende Variante. Südafrika habe, trotz allen politischen Imponderabilien, bisher ein weit disziplinierteres Schuldenmanagement an den Tag gelegt als Südamerika: seine Verschuldung sei vergleichsweise bescheiden und bedeute - in den Worten Leutwilers - keinen Bankrott, sondern einen politisch motivierten Liquiditätsengpass. Man sollte daher in hiesiger Sicht aus dem Bsp. Brasiliens eine Lehre ziehen, den guten Willen SA's anerkennen und das Land nicht aus politischen Überlegungen gleichfalls in die Rolle eines wenigstens zahlungsunwilligen Verzugsschuldners treiben." (Neue Zürcher Zeitung, 12.3.87)

14-3-87 1-ZA

Halbbatziger Rückzug aus Südafrika

Die Uno bezweifelt, dass die Art des von Multis gewählten "Rückzugs" aus SA zur Überwindung der Apartheid beiträgt. "Die gewählten Massnahmen erlauben es den Gesellschaften, Einnahmen und Gewinne zu erzielen, während sie sich von den Konflikten um die Apartheid absetzen", heisst es in dem vom Uno-Zentrum für transnationale Gesellschaften erarbeiteten Bericht. Vor allem amerikanische und britische Firmen haben sich zurückgezogen. Fast 90 US-Multis haben die Kontrolle über ihre südafr.

Tochtergesellschaften ganz oder teilweise aufgegeben - das sind über 20% aller in SA direkt vertretenen Firmen.

Beispiele von Firmen, die im Gegensatz zum allg. Trend ihr Engagement in SA noch verstärken: Daimler-Benz und BMW

Befürchtung, dass der Verkauf von Multi-Niederlassungen an Südafrikaner die soziale Lage der Beschäftigten verschlechtern könne: "Lokale Besitzer werden unter weniger Druck stehen als transnationale Gesellschaften, die im Mutterland üblichen Massnahmen im Hinblick auf Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und die politischen Rechte der schwarzen Arbeiter zu beachten."

Trotzdem rät Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar nicht dazu, den wirtschaftl. Druck auf SA zu verringern.

(Tages-Anzeiger, 14.3.87)

14-3-87 1-ZA

Rank Xerox set to sell South African arm

(Financial Times, 14.3.87)

21-3-87 1-ZA

Overseas investors swing to SA gold shares

(Star (SA), 21.3.87)

21-3-87 1-ZA

Banken und Kirchen zu Südafrika

-> Kirchen-Banken-Gespräche

Die Meinungen über Sinn und Zweck von Boykottmassnahmen blieben kontrovers, wie die Schweizerische Bankiervereinigung mitteilte. Die Bankenvertreter erklärten, dass sie ihre bisherige Politik nicht ändern würden, das Engagement der CH-Banken sei im letzten Jahr wesentlich zurück gegangen.

(AP/Berner Zeitung, 21.3.87)

24-3-87 1-ZA

Neuregelung des Stillhalteabkommens. Auftrieb für südafrikanische Wirtschaft

SA hat mit seinen ausländischen Gläubigerbanken ein neues, vorteilhaftes Abkommen vereinbart (das Abkommen wurde am 24-3-87 in London getroffen). SA wird in den nächsten drei Jahren 13% der unter das Moratorium fallenden Schulden (27 Mia R) zurückzahlen. Laut Finanzminister Barend du Plessis ist diese 2. Umschuldungsregelung, die sich vom 1.7.87 bis 30.6.90 erstreckt, im wesentlichen eine Fortsetzung der bisherigen Regelung.

SA schuldet ausserdem weitere 21 Mia R in Form von mittelfristigen Darlehen, die nicht unter das Moratorium fallen. Sie werden gemäss dem Darlehensabkommen am jeweiligen Fälligkeitsdatum zurückgezahlt: 5 % (1,2 Mia R) in der zweiten Hälfte 1987; 3,5 % (820 Mio R) während 1988; 3% (700 Mio R) während 1989; 1,5 % (340 Mio R) in der ersten Hälfte 1990.

(Beeld, Business Day, The Citizen (alle SA), 25.3.87; Business Day, 27.3.87)

25-3-87 1-ZA

Pretoria, Banks Extend Repayment Limits

SA commercial bank creditors have agreed to extend for three years specific limits on the country's repayments of \$13 billion in foreign debt if froze last year.

(Int. Her. Trib. (US), 25.3.87)

25-3-87 1-ZA

South Africa makes a deal

-> Umschuldungsabkommen

Agreement was reached 3 months before the end of the original one-year agreement, which expires on June 30. Under this Pretoria agreed to repay 5% of maturing bank debt while creditors, largely for political reasons, refused to make more than a one-year interim

arrangement. The new agreement, however, will run from July 1 to June 30, 1990, and marks a major concession by the banks.

A first downpayment of 3% of maturing debt will be made on July 15, followed by another 2% on December 15, making \$ 508 mio in all. A further 3,5% or \$ 400 mio, will be repaid in two instalments in 1988, followed by 3% (\$ 346 mio) in 1989, and 1,5% (\$ 166 mio) in the first half of 1990.

Interest rates will remain the same as agreed in the 1986 agreement, and SA will continue to pay interest on all its outstanding \$ 23 bn of debt both in and outside the net.

Despite the repayment of \$ 3bn over the last 18 months, total debt has only declined in dollar terms from \$ 24 bn to \$ 23 bn due to the decline of the US dollar against other major currencies. It would have amounted to just over \$ 20 bn at the August 1985 exchange rates. (Financial Times; The Star (SA), 25.3.87)

26-3-87 1-ZA

- Debt deal shows a changed view of South Africa

"Foreign bankers' acceptance of a 3-year debt-rescheduling agreement with SA is the clearest evidence yet of a fundamental change in perceptions about the country, its political stability and economic strength."

- Creditor banks breathe an unobtrusive sigh of relief

"SA's plan to reschedule its foreign debt over the next 3 years is probably a better deal than many of its almost 300 foreign creditor banks expected. SA which originally declared a debt moratorium in Sept.85 and followed by a 15-month interim arrangement (ending June 30) took a tough line in the negotiations which it has been holding for several weeks with its 14 leading creditor banks.

It agreed eventually to repay 13% of principal it owes over the 3 years, having proposed initially to repay less than half of that. But the banks have conceded a 3-year deal, and SA has made no concession to bank pressure that it should indicate its intention to change its political and economic system.

Most bankers admit they have little choice but to accept. The only other course open to them - attempts through the courts to sequester SA assets abroad such as aircraft - is widely seen as unlikely to be fruitful."

Anti-apartheid groups have condemned the plan. "End Loans to SA" (UK) said the banks "had capitulated to SA".

In fact, although the arrangements provide for repayment of principal over the 3 years to July 1990, the country will be deeper in debt arrears at the end of the period than it is now.

The arrangements contain what bankers call now an "exit vehicle" which will allow them to escape further negotiations with the South Africans for 10 years. If a bank can find a suitable South African borrower, it will be able to convert its official debt and negotiate interest rates with its new borrower.

(Financial Times, 26.3.87)

26-3-87 1-ZA

Umfliegt SAA US-Sanktionen via Zürich?

South African Airways fliegt ab April drei- statt wie bisher nur zweimal wöchentlich Jhb-Zh; der zusätzliche Flug entspricht dem zwischenstaatlichen Luftverkehrsabkommen; doch die Aktion Südafrika-Boycott sieht darin den ersten offensichtlichen Fall, in dem SA via CH die US-Sanktionen umgeht.

(Tages-Anzeiger, 26.3.87)

27-3-87 1-ZA

Into a R10 billion deficit

Pretoria allows the state's deficit to rise from R 5.5 billion (1986-1987) to R 8 billion for the fiscal year starting on April 1987.

(Fin. Mail (Br), 27.3.87)

27-3-87 1-ZA

Pfarrer Jean-François Bill freigelassen

"Als Antwort auf die ernsthaften Interventionen der Schweizer Regierung wurde der im Rahmen des Ausnahmezustandes in SA seit 20. Juni 1986 in Präventivhaft befindliche schweizerisch-südafrikanische Doppelbürger, Pfarrer Jean-François Bill, am 27. März aus der Haft entlassen. (...). Die Tatsache, dass Pfarrer Bill nicht schon früher freigelassen werden konnte, liegt sowohl im Ernst der innenpolitischen Lage begründet, mit der sich die südafrikanischen Behörden seit Juni 1986 konfrontiert sehen, als auch in Bills Rolle bei den Unruhen. (...). Die Haftentlassung von Pfarrer Bill spiegelt daher einmal mehr die hohe Wertschätzung wider, die die südafrikanische Regierung den guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika beimisst."

(Pressedienst der südafrikanischen Botschaft in Bern)

27-3-87 1-ZA

Können Sanktionen das weisse Apartheidregime SA's niederzwingen? Oder leiden in erster Linie die Schwarzen ?

-> Interview mit Winnie Mandela: "Diesen Preis der Freiheit müssen wir zahlen"

(Die Zeit, 27.3.87)

27-3-87 1-ZA

Escom cuts capacity

(Financial Mail (SA), 27.3.87)

27-3-87 1-ZA

Lesotho Highlands Water Project: Coming on stream

(Financial Mail (SA), 27.3.87)

27-3-87 1-ZA

Turner & Newall sells SA division for £ 22,7 million

(Fin. Times (Br) 27.3.87)

27-3-87 1-ZA

What the bankers took away, they now return

The same foreign banks which spearheaded the get-tough-on-Pretoria campaign two years ago, are now helping to restore international business confidence in SA

-> Second Interim Debt Agreement

agreement favourable for SA: instead of having to pay all the interest on the \$13 bn caught in the "standstill" net plus 5% of the capital in one year, which were the terms of the First Interim Debt Agreement, SA now has three years to pay back interest plus only 13% of the capital; main advantage: it effectively gives the domestic economy a 3 year period of stability. The pressure on the capital account will be reduced while more of the surplus on the current account will be available for domestic growth; "It means the economic recovery we are currently experiencing has received a further boost from this agreement."

+ "one of the clauses in the debt agreement allows for short term debt which is held in the 'standstill' net to be converted into long term loans or into financial rands for investment inside SA. The fact that these two possibilities were included in the agreement suggest foreign confidence in SA's economy is growing."

+phenomenal rise in the financial rand: over the past months it has risen by over 30%. Since foreigners wishing to invest in SA can only do so through financial rands, the rise in price means there is heavy demand abroad for the currency.

> new phenomenon: foreign investors moving into SA; though mainly speculative, but "it does represent a turnaround in investment sentiment towards SA and is a setback for the disinvestment campaign".

"Both press censorship and the Emergency itself are having the effect the government hoped for - restoring foreign and local investor confidence in this country."

"In signing this second agreement, the foreign bankers have not only provided the SA economy with a new opportunity for growth - they have also thrown a lifeline to PW Botha and his government."

(Duncan Innes, Weekly Mail (SA), 27.3.-2.4.87)

30-3-87 1-ZA

Waffen aus der Schweiz nach Südafrika?

SA soll trotz Uno-Embargo Rüstungsgüter aus europäischen Staaten und Israel erhalten haben, meldet die Washington Post, die aus einem Bericht zitiert, den die US-Regierung kommende Woche dem Kongress vorlegt. Als europäische Waffenlieferanten werden die Schweiz und die Nato-Mitglieder BRD, F, GB und It genannt.

(Tages-Anzeiger, vgl. auch Basler Zeitung, 30.3.87)

31-3-87 1-ZA

Banken-Aktionstage

von AFP, Aktion SA-Boycott und AAB, 31-3 bis 2-4. Anlass: das 125-Jahr-Jubiläum der SBG. Mit Bankenpiketts (wie sie in Zürich bereits seit Dezember jede Woche stattfinden) wollen die Organisationen ihre Forderungen an die Banken nach Abbruch aller Finanzbeziehungen zu SA unterstreichen.

(SDA/Tages-Anzeiger, 1.4.87)

2-4-87 1-ZA

125-Jahr Jubiläum der SBG: Vertrauen in die Apartheid!

Unter dem Motto "Vertrauen hat Zukunft" feiert die SBG heute ihr 125-Jahr Jubiläum "'39 Jahre Vertrauen in die Apartheidregierung' - so könnte der SBG-Jubiläumsslogan zum Engagement in SA lauten. Denn: Die Rolle der SBG als Kreditgeberin an das Regime in Pretoria ist bedeutend. Allein von 1980 bis 1985 steigerte die SBG ihre Kredite an das südafrikanische Regime um 180%, während sie gleichzeitig die Kredite an Schwarzafrika um 7% abbaute. Und vor allem als Händlerin von SA-Gold ist die SBG bis heute ein überlebenswichtiger Pfeiler des weissen Apartheidregimes geblieben. Könnten die Südafrikaner nicht auf die Einnahmen dieses Goldhandels zählen (fast 50% der Exporte), wäre die Apartheid schon lange zusammengebrochen."

Die SBG wehrt sich vehement gegen Sanktionen.

Dazu SBG-Präsident Nikolaus Senn in einem "Radio 24"-Gespräch mit Roger Schawinski vom 25.1.1987: "Was wir nicht mitgemacht haben, ist dieser ganze Boykott-Türk, und zwar aus Überzeugung heraus (...). Was jetzt gemacht wird, ist eine einäugige, zum Teil moralisch sicher gut gemeinte Übung, die aber mehr schadet, als sie nützt. Ich kenne zufälligerweise den Herrn Botha persönlich sehr gut und habe mit ihm lange über diese Themen diskutiert. (...). Ich schaue aber die Praxis des Boykottes und die Praxis der Sanktionen für verkehrt an, und ich muss Ihnen noch etwas sagen: Ich schau die ganze Geschichte sogar strategisch für falsch an, wenn man Richtung Revolution tendiert, und das will man mit dem Boykott. (...). Aber was dann passiert [wenn der ANC die Macht übernimmt], ist, dass der Westen für praktisch sämtliche sogenannten Spezialmetalle auf den Knien betteln gehen muss, sei es in Russland oder da unten. Das ist eine globalstrategische Überlegung, weshalb ich der Auffassung bin, man muss, selbst wenn man noch für eine Revolution wäre, gegen sie sein, weil diese Revolution am Schluss zu einer Situation führt, die dann den Westen wirklich in die Beine schneidet."

Fritz Leutwiler will auch nichts von Sanktionen wissen, denn diese "schaden den Schwarzen und den (...) Banken." (Financial Times, 9.3.87)

"Diese patriarchalische Haltung, nämlich zu wissen, was gut oder schlecht (Sanktionen) für die Schwarzen in SA ist, hat bei den Schweizer Banken (und auch in Regierung und Parlament) Tradition. So hiess es in einer SBG-Broschüre zu Südafrikanischen Union 1948: 'Was nun das Verhältnis der 'Europäer' zu den Eingeborenen anbelangt, so war es in SA von jeher so, dass diese der Führung der Weissen unterstanden. Obwohl ihre untergeordnete Arbeit weit schlechter bezahlt wurde als die Qualitätsarbeit der Weissen, hat sich ihr Los im Laufe der Jahrzehnte doch gebessert. Zum Teil waren und sind die niedrigsten Löhne der

Schwarzen, beispielsweise in den Goldbergwerken, auch dadurch bedingt, dass die Rentabilitätsverhältnisse vieler Minen ganz einfach keine höheren Arbeitskosten vertragen.“
(Die Gewerkschaft, 2.4.87)

2-4-87 1-ZA

Freie Meinungsäußerung per Inserat: Nicht für Apartheidgegner

Wie TA und Berner Zeitung ein Inserat der Anti-Apartheid Aktivisten nicht annehmen wollten
(Die Gewerkschaft, 2.4.87)

3-87 1-ZA

Japanese Banks and Apartheid

The estimated South Africa exposure of Japanese Banks was between \$2 and 3\$ billion in 1985.

(ELTSA Newsletter (Br), 3.87)

3-4-87 1-ZA

Disinvestments focus

McGregor Research Services' (MRS) analysis of disinvestment patterns since 1984 shows: Since January 1987, 172 firms have pulled out of SA, representing 93 parent companies. But with 3107 SA companies still having foreign parents "the rate of disinvestment is not as serious as it appears", MRS concludes. Only 2% of UK companies with interests in SA have withdrawn while 20% of all US firms have left SA. 5% of all foreign companies which operated here have disinvested, while 56% of all disinvestments over the past two years took place since January 1986.

(Fin. Mail (SA) 3.4.87)

3-4-87 1-ZA

Südafrika erhält trotz Uno-Embargo weiter Waffen

(Bericht Washington Post über Bericht des US-Aussenministeriums): Rüstungsfirmen in Frankreich, Italien und Israel hätten, wahrscheinlich mit Wissen ihrer Regierung - auch nach dem Embargo wichtige Waffensysteme gewartet und modernisiert, die sie vor der Verhängung der Uno-Sanktionen geliefert hatten. Firmen in der BRD, der Schweiz, GB und den Niederlanden hätten "gelegentlich" gegen das Embargo verstossen. Sie hätten dies entweder mit Billigung ihrer Regierung oder "in der Grauzone zwischen militärischen und zivilen Verwendungszwecken" getan.

(AP/Tages-Anzeiger, 3.4.87)

3-4-87 1-ZA

Some light at last

The SA govt is presenting the debt rescheduling as triumph for SA, and implying that the economic outlook is now rosy. But foreign bankers don't entirely accept the first point. As for the second, it is true that the auguries are not all good, but recent developments certainly suggest that at last things could be moving SA's way.

(Financial Mail (SA), 3.4.87)

6-4-87 1-ZA

Firing a Blunderbuss. Sanctions against South Africa have proved to be a very crude weapon

(Newsweek, 6.4.87)

7-4-87 1-ZA

US cities back-pedal on SA disinvestment

21 US states and many cities have implemented disinvestment measures, withdrawing funds from American companies that do business in, or with SA, or denying the companies city or state contracts. In some cases, the sanctions were softened when it was found that the city or state was harmed by its own law.

(Star (SA), 7.4.87)

8-4-87 1-ZA

Südafrika: Wie Ausländer von der schwarzen Arbeitskraft profitieren

Vor allem in den "homelands": "Erklärtes Ziel dieser Politik ist es, in solchen Zentren der Armut dringend benötigte neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig handelt es sich jedoch klar um eine Anti-Sanktionsstrategie. Ein Experte auf diesem Gebiet in Botshabelo erklärte es folgendermassen: 'Die südafrikanischen Beamten laufen hier mit offenen Scheckbüchern herum, um gegen die Auswirkungen der Sanktionen und Desinvestitionen anzukämpfen.' Besonders erfolgreich waren die südafrikanischen Behörden mit ihren Bemühungen bisher in Taiwan und Israel (...)."

(Tages-Anzeiger, 8.4.87)

8-4-87 1-ZA

Der Wandel in Südafrika muss von innen kommen. Wirtschaftssanktionen zerstören die Hoffnung auf eine halbwegs evolutionäre Lösung

"(...) Seit Ford, General Motors und Barclays Bank am Südafrika-Geschäft nicht mehr beteiligt sind, haben sich Zweifel an der Wirksamkeit von Sanktionen eingestellt. Die Prämissen, unter denen die Sanktionsbewegung angetreten war [einzig verbleibende Waffe, um das Apartheidregime "kurzfristig und friedlich" zu beseitigen], stimmen nicht mehr; ohne ein militärisches Eingreifen scheinen auch verstärkte Sanktionen nicht auszureichen, um das ursprünglich angestrebte Ziel erreichen zu können. Die Frage, wie sich Sanktionen auf das Kräftegleichgewicht innerhalb Südafrikas auswirken, muss neu gestellt werden. (...). Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass der wirtschaftliche Druck zwar die 'Kosten' der Aufrechterhaltung des Minderheitenregimes erhöht, die Regierung aber nicht unbedingt dazu zwingt, ihre Politik zu ändern."

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.87)

9-4-87 1-ZA

Südafrikas Auslandverbindlichkeiten. Erhebungen der Zentralbank

Zahlen 1985: Auslandsanlagen erhöhten sich um 21,5% auf 81 Mia Rand. Die hohe Zuwachsratespiegelt allerdings die massive Abwertung des Rand; der effektive Wechselkursverlust wird mit 27,5% angegeben, so dass real die Investitionen zurückgingen (bzw. zurückbezahlt wurden). Nominell nahmen die direkten Anlagen 1985 nur noch um 6%, die indirekten um 31% zu. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 26%, die langfristigen Schulden um 19%. Beide Werte liegen unter dem effektiven Kursverlust des Rand und spiegeln damit den Kapitalabfluss.

Gemessen an den Gesamtinvestitionen von 81 Mia R beliefen sich die langfristigen Verpflichtungen auf 57%, die kurzfristigen auf 43%. Der Anteil der direkten Investitionen ging auf 34% zurück, die indirekten nahmen im umgekehrten Ausmass zu.

Vergleich mit 1980 (dem letzten politisch wie konjunkturell "normalen" Jahr): Anteil direkte Investitionen: 48%, langfristige 81%.

Herkunft der Investitionen: v.a. Europa und Amerika: 1985: 87% Das EG-Engagement reduzierte sich von 58% im Jahr 1980 auf 46% 1985, während sich das amerikanische von 21% auf 29% erhöhte. Mit rund 12% veränderte sich der Anteil des "übrigen Europa" nur wenig. Man kann wohl davon ausgehen, dass die Ostblockstaaten ausser Betracht fallen, während die Beteiligungen der EFTA-Staaten bescheiden sind; der überwiegende Anteil dürfte daher auf die Schweiz entfallen.

(Neue Zürcher Zeitung, 9.4.87)

10-4-87 1-ZA

Group fails to get Swiss bank to quit SA

"The Union of Critical Shareholders" failed at UBS' 125th jubilee general shareholders meeting to make the bank pull out of SA and donate 1 % of its profits to help other indented nations in Africa. UBS Chairman Robert Holzach told shareholders a withdrawal from SA would be counter-productive. The 1,5 billion francs of credits given to SA contributed to the

creation of jobs for Black people. The second proposition might be "misunderstood" by the world, Holzach continued, and be against the bank's statutes.
(Citizen (SA), 10.4.87)

10-4-87 1-ZA

- Nikolaus Senn: "Natürlich haben wir eine gewisse Macht"

-> ganzseitiges Interview zum 125-Jahr-Jubiläum der SBG; SA ist kein Thema

- Kasten: Meilensteine in der Entwicklung der SBG

(Tages-Anzeiger, 10.4.87)

11-4-87 1-ZA

Apartheid cost R 3,9 billion

According to Prof. Everingham from UCT Apartheid costs R 3,9 billion. The figure is a "medium" estimate.

(Citizen (SA), 11.4.87)

17-4-87 1-ZA

Deutsche Unternehmen und die Apartheid: "Wir hätten mehr tun können"

Zögerndes Bemühen um die Schwarzen und um Distanz zum Regime

(Die Zeit, 17.4.87)

17-4-87 1-ZA

Gold Marketing: Considering changes

"It is understood that the major buyer [of SA gold] is Union Bank of Switzerland - one of government's few remaining friends - which chairs the Swiss Gold Pool."

(Financial Mail (SA), 17.4.87)

18-4-87 1-ZA

Expertenhearings zu Südafrika-Sanktionen

Die Kommission des Nationalrats für auswärtige Angelegenheiten hat Experten zur Frage angehört, ob sämtliche Kapitalexporte nach SA und der Goldhandel mit diesem Land dem sog. "courant normal" unterstellt werden sollen, um eine Umgehung der Sanktionen zu verhindern.

(Neue Zürcher Zeitung, 18.4.87)

23-4-87 1-ZA

Unions call for ban on SA coal imports

The three leading Western trade union groups have renewed for the European Community (EC) to ban coal imports from SA.

(Star (SA), 23.4.87)

24-4-87 1-ZA

Gold and the Economy: To the rescue again?

(Financial Mail (SA), 24.4.87)

24-4-87 1-ZA

Südafrikas Wirtschaft erholt sich

nach langer Depression. Bereits im ersten Quartal 86 betrug die reale Wachstumsrate 4%, für 87 wird mit Zuwachs von 3 bis 4 % gerechnet. Gründe: stark überschüssige Zahlungsbilanz

Für SA-Finanzminister ist die zweite Umschuldungsregelung ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen der internationalen Finanzwelt in den Schuldner SA zurückgekehrt ist.

Die Auswirkungen der Sanktionen werden kurzfristig als gering bezeichnet. Grössere Neuinvestitionen zu tätigen getraut sich allerdings bis heute niemand so richtig. Das grosse Fragezeichen für die Investoren bleibt die politische Entwicklung in SA.

(Tages-Anzeiger, 24.4.87)

5-87 1-ZA

Swedish Sanctions

Sweden is the first country to take this unprecedented step of imposing sanctions on another country. The action follows the failure of the UN General Assembly to impose mandatory sanctions on its members. SA imports into Sweden amount to some \$53 million in 1985.

(Afr. Business (Br.) 5.87)

5-87 1-ZA

Summary of Western Economic Sanctions against South Africa

-> ausführliche, umfassende Liste, Stand Mai 87

1-5-87 1-ZA

Blunting impact of sanctions

Allan Boesak said on five day visit to Japan that Japanese companies are blunting the impact of economic sanctions by grabbing the business left behind by companies pulling out of SA.

(Citizen (SA), 1.5.87)

1-5-87 1-ZA

Big business „turning against Botha“

The Executive Director of Anglo American Corporation, Zacharias de Beer, says most business people will be voting against the government in Pretoria. This mainly due to the intimidating government campaign against one of the leading bankers, Chris Ball, who was accused of knowingly financing advertisements calling for the legalization of the ANC.

(Times (Br), 1.5.87)

1-5-87 1-ZA

Wahlen in Südafrika: Whites only. Die Regierungspartei zwischen den Fronten

Am 6.5.87 werden 166 Abgeordnete der weissen Parlamentskammer für die vier Provinzen gewählt. NP von "links" (Progressive Federal Party) wie rechts (Herstigte Nasionale Party HNP unter Marais sowie Conservative Party unter Treurnicht) bedrängt. Botha kündigte an, der Wahlslogan seiner Partei sei "Law and Order" sowie Opposition gegen fremde Einmischung.

(WochenZeitung, 1.5.87)

4-5-87 1-ZA

Ethische Forderungen gegen Macht der Banken

Tribüne-Beitrag von Marianne Biedermann, Präsidentin des Vereins kritischer AktionärInnen der SBG

(Tages-Anzeiger, 4.5.87)

4-5-87 1-ZA

Politik der SBG gegenüber Südafrika

An der Jubiläumsgeneralversammlung der SBG vom 9.4. nahm Verwaltungsratspräsident Robert Holzach ausführlich Stellung zur Südafrikapolitik der grössten CH-Bank

-> seine Ausführungen leicht gekürzt im Wortlaut:

"Die schon an der letztjährigen Generalversammlung dargestellte und begründete Politik der SBG bleibt unverändert. Wir werden mit anderen Worten die Finanzbeziehungen mit SA im bisherigen Rahmen weiterführen. Finanzielle Boykottmassnahmen sind nach unserer Beurteilung kontraproduktiv und können zu einer Verbesserung der innenpolitischen Situation in SA nicht beitragen. Diese Haltung der Bank möchte ich mit den folgenden neun Punkten bestätigen:

> Wir befürworten den schrittweisen Abbau der Apartheid in SA und befürworten alle Anstrengungen, die in dieser Richtung bereits unternommen worden oder in Sicht sind, lehnen es jedoch ab, zu einer Situation beizutragen, die in Chaos und Verelendung endet.

> unsere Geschäftsbeziehungen mit SA bewegen sich im Rahmen der schweizerischen gesetzlichen Bestimmungen und der vom Bundesrat erklärten Wirtschafts- und Aussenpolitik. Der Bundesrat hat erst kürzlich eindeutig erklärt, dass die Schweiz sich nicht an Sanktionen beteiligt, welche von Drittstaaten oder von Gruppen von Staaten ergriffen werden.

> Das eidgenössische Parlament hat im vergangenen Dezember mit eindeutiger Mehrheit die Haltung des Bundesrates gebilligt und die Petition der Anti-Apartheid-Bewegung abgelehnt. Diese Petition hatte u.a. gefordert, keine weiteren schweizerischen Kredite an die südafr. Regierung zu gewähren und keine Krüger-Rand-Goldmünzen in die Schweiz einzuführen.

> Für die Behandlung der Kredite an SA ist unsere Bank an die von den Gläubigerbanken insgesamt mit SA abgeschlossenen Vereinbarungen gebunden. An die vereinbarten Stillhalteverpflichtungen hat sich auch unser Institut zu halten.

> Die von den Banken gewährten Kredite und die von ihnen vermittelten Anleihen dienen im wesentlichen dem Aufbau der südafrikanischen Wirtschaft und damit regelmässig auch der Schaffung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung.

> Sanktions- und Boykottmassnahmen treffen in erster Linie die schwarze Bevölkerung, weil sie Arbeitsplätze vernichten. Gemäss einer jüngsten Studie des unabhängigen bekannten Münchner ifo-Instituts würde ein Einfuhrstopp der EG für südafrikanisches Eisenerz, Stahl und Kohle einen direkten Verlust von 130'000 Arbeitsplätzen (darunter 100'000 für schwarze Arbeitnehmer) und einen indirekten Gesamtverlust von 300'000 Arbeitsplätzen bedeuten.

> Massgebliche weisse und schwarze Apartheid-Gegner lehnen Boykottmassnahmen als kontraproduktiv ab. Zu erwähnen sind die weisse Oppositionspolitikerin Helen Suzman, der Chefminister des 6-Millionen Zulu-Volkes und erklärter Apartheid-Gegner Mangosuthu Buthelezi, der schwarze Bischof Jsaac Mokoena, welcher der Black Independent Reformed Churches Association vorsteht und eine Studiengruppe der Katholischen Bischofskonferenz.

> Wir unterziehen unsere Politik gegenüber SA einer periodischen Überprüfung aufgrund persönlicher Beurteilungen im Lande selbst und laufender Kontakte mit führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und schwarzen Bevölkerungskreisen.

> Es entspricht einer schweizerischen Gepflogenheit, anderen Ländern für das Tempo ihres politischen Fortschritts keine Vorschriften zu machen."

(Tages-Anzeiger, 4.5.87)

6-5-87 1-ZA

UK firms ignore EC code

A total of 63 of the 142 British companies which submitted reports under the EC code of conduct for firms operating in SA paid some their workers less than the code's recommended minimum wage.

(Business Day (Br) 6.5.87)

6-5-87 1-ZA

Berner Demo verdrängt die Toten von Johannesburg

Südafrikas Fernsehen zeigte am Vorabend der Parlamentswahl Gewalt im Ausland, aber kaum interne Unruhen.

(Berner Zeitung, 6.5.87)

6-5-87 1-ZA

Botha im Zweifrontenkampf gegen Reaktionäre und Liberale

(Berner Zeitung, 6.5.87)

7-5-87 1-ZA

Südafrika: Von Moll auf Dur

Interview mit Finanzminister Barend du Plessis (von Hansjürg Saager)

Du Plessis zum Umschuldungsabkommen: "Zunächst einmal ist festzuhalten, dass ein für beide Seiten vorteilhaftes Abkommen über die unter das Moratorium fallenden Schulden in Höhe von 27 Mia Rand ausgehandelt werden konnte, wonach 13% des Gesamtbetrages in

den nächsten drei Jahren zurückbezahlt werden müssen. Die traurige Seite dieses Abkommens besteht darin, dass nun SA als ein in der Entwicklung begriffenes Land die Rolle eines Kapitalexportheurs spielen muss. Ausserdem wird unsere Wirtschaft belastet durch die Bereitstellung der Gelder für die Tilgung der Schulden. Traditionell wird in SA die Zahlungsbilanz in Zeiten eines wirtschaftl. Aufschwungs defizitär. Gewöhnlich können wir diese Defizite durch die Aufnahme von Krediten im Ausland finanzieren. Nun sind wir vom ausländischen Kapitalmarkt ausgeschlossen. Daher müssen wir unsere künftige Finanzpolitik mit äusserster Vorsicht planen. (...) Wir werden jedoch in der Lage sein, unsere Schulden in den nächsten Jahren zu tilgen."

Frage: "SA ist ein Land, das sich im Stadium der Entwicklung befindet. Ob es in den nächsten Jahren wieder vermehrt von ausländischen Geldern profitieren kann, hängt im wesentlichen von politischen Entscheiden ab, nämlich von einer Entwicklung in Richtung einer Ersetzung der Apartheid durch eine Teilung der Gewalt in einer Formel, die allen Rassen als gerecht erscheint. Welches Resultat erwarten Sie an den Parlamentswahlen vom 6. Mai?"

Du Plessis: "Ich rechne damit, dass die Regierungspartei die Wahlen gewinnen wird. Es ist jedoch nicht nur wichtig, die Wahlen zu gewinnen, sondern gleichzeitig ein klares Mandat dafür zu erhalten, dass die Verhandlungen mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes fortgesetzt werden können; Verhandlungen, die eine Einigung über die Teilung der Gewalt bis zu den höchsten staatlichen Institutionen mit einer stabilen Struktur ermöglichen. Natürlich kann ein solches Ziel nicht über Nacht erreicht werden. Doch hege ich keine Zweifel, dass der Ausgang der Verhandlungen erfolgreich sein wird und ein Modus vivendi gefunden werden kann, der den Bedürfnissen der verschiedenen Völkerschaften in SA Rechnung tragen wird."

Frage: Welche Auswirkungen haben die Sanktionen auf Ihr Land?

Du Plessis: "Internationale Sanktionen erschweren unsere Möglichkeiten, den Reformprozess voranzutreiben, keinesfalls aber unseren Willen, die Reformpolitik fortzusetzen. Reformen braucht es in SA nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir brauchen die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, damit wir dieses Land wirtschaftlich entwickeln können. Sowohl Demokratie als auch freies Unternehmertum sind fremde Grössen für Afrikaner, die hierher transplantiert werden. Wir können es uns nicht leisten, mit dieser Transplantation zu scheitern."

(Schweizerische Handelszeitung, 7.5.87)

8-5-87 1-ZA

Escom's corporate strategy: Going for the glow

In the face of the cut-off of credit lines, the electricity corporation has tightened its belt and planned soundly.

(Financial Mail (SA), 8.5.87)

9-5-87 1-ZA

Wandern mit andern (Zweitagemarsch)

Unter diesem Motto ist am 9. und 10. Mai in und um Bern der 28. Schweizerische Zweitagemarsch durchgeführt worden. An der vom Unteroffiziersverein der Stadt Bern organisierten Veranstaltung nahmen 8660 Wanderer aus 15 Nationen teil. Die Zahl der ausländischen Teilnehmer ist gestiegen (die Gesamtzahl allerdings gesunken), weil neu Japan dazukam und weil mehrere Länder mehr Leute als früher schickten - auch SA: 27 Männer, davon 25 Offiziere und Unteroffiziere der South African Defence Force, ein Mitglied der Bürgerwehr und ein Rekrut. Die SA-Soldaten melden sich zum Zweitagemarsch freiwillig an und müssen einen Grossteil der Kosten aus eigener Tasche bestreiten. Nach den Gründen für ihre Teilnahme befragt, meinten sie, die Veranstaltung biete ihnen eine ausgezeichnete Gelegenheit, Kollegen aus anderen Ländern zu treffen und Meinungen auszutauschen.

(SA Digest (SA), 2.6.87)

16-5-87 1-ZA

Royal Dutch/Shell will in Südafrika bleiben

(Tages-Anzeiger, 16.5.87)

16-5-87 1-ZA

Gesellschaft für Menschenrechte gegen Weltkirchenrat. Protest der Schweizer Sektion.

Die CH-Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat in einer Pressemitteilung die in Lusaka veröffentlichte Südafrika-Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen, wonach der bewaffnete Kampf zur Lösung des Rassenproblems gerechtfertigt sei, "schärfstens verurteilt". Sie protestierte auch gegen die von den 150 Delegierten beschlossene vorbehaltlose Unterstützung des ANC und der Swapo, "die mittels revolutionärer Gewalt, Terror und Schürung des Rassenkampfes die Macht erringen wollen". IGFM: Offenbar ignoriere der Weltkirchenrat die "vielen gemässigten schwarzen Führer Südafrikas, die sich an Demokratie, Gewaltfreiheit und Menschenrechten orientierten und eine solche Politik der Gewaltanwendung nicht unterstützen, weil wirtschaftliches Chaos, Bürgerkrieg und schwere Menschenrechtsverletzungen den Weg zu Gerechtigkeit und friedlicher Lösung des Rassenproblems verunmöglichen".

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 16./17.5.87)

19-5-87 1-ZA

SBG übernimmt Sprache der Apartheidregierung

Leserbrief Paul Rutishauser als Reaktion auf die Ausführungen Holzachs
(Tages-Anzeiger, 19.5.87)

22-5-87 1-ZA

Homelands: Identity quests

Of all the homelands, Bophuthatswana appears to take its sovereignty most seriously. It is blocking Tswanas from obtaining the new South African identity document by instructing them to first renounce their Bop citizenship. Then, while thousands of applications remain in limbo pending negotiations between the homeland and Pretoria, President Lucas Mangope quietly visited London last week to state the homeland's case for recognition to the House of Commons Foreign Affairs Committee, made up of backbenchers from all parties.

Mangope's UK visit followed one by a 13-man Ciskei trade mission organised by the Ciskei Chamber of Industries, which had more modest goals - strengthening trade links. The Ciskei mission received no official acknowledgment. A British embassy spokesman points out that investing in an "independent" homeland "would be a matter for a British company's commercial judgment". The company, however, would be warned that the local embassy could not offer direct support as it cannot deal with the homeland governments.

Mangope's plea is also unlikely to bear fruit. During a late-night Commons debate last November, Minister of State in the Foreign and Commonwealth Office Linda Chalker reiterated her government's policy of non-recognition of the "independent" homelands, which are regarded as part of SA.

(Financial Mail (SA), 22.5.87)

22-5-87 1-ZA

Leon Sullivan: More sabre-rattling

Renewed pressure on the 170 American companies still operating in SA was always expected, given the Reverend Leon Sullivan's unrealistic May 13 ultimatum for the scrapping of statutory apartheid.

When he gave the ultimatum last year, Sullivan temporarily excluded US companies remaining in SA from his hit list. But recently Sullivan announced that he would indeed call for a total withdrawal of all American companies from SA at the end of the month. Sullivan had hoped to make the announcement in SA but was denied a visa because, said Home Affairs Minister Stoffel Botha, his visit would be "inopportune".

The Sullivan Code, which a decade ago set out principles of "fair employment" for US companies in SA to follow, gained a new dimension when another "principle" was added in December 1984. This required signatories to the code to press the SA government to end the laws and regulations that constitute apartheid. To some this amounted to shifting the goal posts, but Sullivan saw it as consistent with his aim of getting rid of discrimination. The new principle encourages corporate civil disobedience.

(Financial Mail (SA), 22.5.87)

23-5-87 1-ZA

Swedish ban disappointing – Assocom

The Association of Commerce (Assocom) believes in free international trade and shows itself disappointed.

(Citizen (SA), 23.5.87)

25-5-87 1-ZA

Tatsachenverdrehung?

Leserbrief Beat Zimmermann, Presseabteilung SBG, als Reaktion auf Leserbrief Rutishauser (Tages-Anzeiger, 25.5.87)

25-5-87 1-ZA

Filmer gegen Apartheid in SA

Die amerikanischen Filmemacher Martin Scorsese und Jonathan Demme haben eine Vereinigung gegen das Apartheidregime gegründet und bereits eine lange Liste von illustren Mitglieder: Von Woody Allen über John Badham, Bernardo Bertolucci, Francis Coppola, John Huston, John Landis, Paul Newman, Sidney Pollack bis hin zu Susan Sarandon, Oliver Stone, Billy Wilder und den Zucker Brothers haben sich bereits an die hundert Filmschaffende verpflichtet, sich dafür einzusetzen, dass ihre Filme so lange nicht mehr in SA vertrieben werden, bis dort das Apartheidsystem abgeschafft ist und die Menschenrechte wieder respektiert werden.

(Tages-Anzeiger, 25.5.87)

27-5-87 1-ZA

Big US pension fund in R173-m disinvestment

A major American pension fund has divested itself of shares valued at R173 million in nine US companies operating in SA.

(Star (SA), 27.5.87)

27-5-87 1-ZA

Entscheidung gefordert. Rede von ANC-Präsident Oliver Tambo auf der Internationalen Unternehmer-Konferenz in London, 27-5-87

In London trafen sich mehr als 100 Unternehmer, in der Mehrheit aus den USA, um über die Aussichten ihrer geschäftlichen Beziehungen mit SA und Alternativen zum Disinvestment zu beraten. Die Zeit für Alternativen sei längst vorbei, sagte Oliver R. Tambo, Präsident des ANC. Er forderte die Unternehmer auf, sich zu entscheiden und sich aus SA zurückzuziehen. Zu lange schon "haben westliche Firmen und Finanzinstitute das Apartheidsystem mit aufgebaut und unterstützen es auch weiter."

-> Auszug jenes Teils seiner Rede, der sich mit dem Thema Sanktionen befasst:

"Es dürfte mittlerweile klar sein, dass es keine friedliche Lösung geben kann in dem Kampf, den wir heute führen. Man kann mit dieser Frage nicht einmal beginnen, ohne vorher einzugestehen, dass Gewalt ein integraler Bestandteil des Herrschaftssystems der weissen Minderheit ist. Aus dem Apartheidsystem geht die Gewalt hervor. Auf der Tagesordnung steht heute die Frage, kann eine entschlossene Beendigung der internationalen Verbindungen dazu beitragen, Blutvergiessen und Vernichtung auf das unvermeidliche Minimum zu reduzieren, bis sich Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit in SA durchsetzen (...). Innerhalb der südafrikanischen Geschäftswelt wird hartnäckig geglaubt, Reformen stellen einen realistischen Weg zum Wandel dar. Ihre Reformprogramme - wie forsch sie

auch die Glaubenssätze der Apartheid anzweifeln - scheuen vor der grundlegenden Forderungen der schwarzen Bevölkerung zurück: ein Mensch - eine Stimme.(...). Alle Unternehmen in SA, einschliesslich der multinationalen Konzerne und Niederlassungen ausländischer Konzerne, sind in Pretorias Strategieplanungen und direkt in den Repressionsapparat integriert. Institutionell geschieht dies durch die Teilnahme an Ausschüssen und Gremien, durch die Einhaltung von Gesetzen und durch finanzielle und andere Unterstützung.

Zusätzlich zu Steuern und zum Kauf von Verteidigungsobligationen stocken die meisten Unternehmen die Gehälter ihrer weissen Angestellten auf, während diese in den Streitkräften dienen. Sie sind dazu nach keinem Gesetz verpflichtet. Es scheint so, als ob sich nur wenige kleine Unternehmen dieser Praxis verweigern. Eine Untersuchung der Lohndaten bei den Streitkräften ergibt eindeutig, dass Wirtschaftsunternehmen direkt und willentlich die südafrikanische Streitmacht mitfinanzieren. Das bedeutet in der Praxis, dass einige der Soldaten, die die Townships und Namibia besetzen und an militärischen Aggressionsakten vor allem gegen Angola beteiligt sind, teilweise von den Unternehmen bezahlt werden, die sie als Zivilisten beschäftigen. Obwohl es eine weitgehende Betroffenheit über die Streitkräfte in den schwarzen Townships und gegen die sogenannten inneren Unruhen gibt, begründen Geschäftsleute ihre direkte Unterstützung der Streitkräfte damit, dass die Bedürfnisse ihrer eingezogenen Angestellten berücksichtigt werden müssten!

Vertreter von 21 Unternehmerorganisationen sind Mitglieder im Verbindungskomitee für Verteidigungspersonal. (...).

Nach dem Nationalen Beschaffungsgesetz können nach Ministeranweisung Unternehmen zur Lieferung, Herstellung und Weiterverarbeitung von Gütern gezwungen werden. In den meisten Fällen bedarf es keiner Anweisung des Ministers. Die gesetzliche Möglichkeit war den Unternehmen hinreichender Grund, zu liefern, was immer angefordert wurde, seien es Fahrzeuge, Zelte oder Öl für die südafrikanischen Streitkräfte.

Hunderte von Einrichtungen und Gebiete sind nach dem National Keypoints Act zu Schlüsselbetrieben erklärt worden. Besitzer dieser Betriebe oder Fabriken werden aufgefordert, eine eigene Miliz auszubilden und auszustatten. Gewöhnlich, jedoch nicht immer setzen sich diese Milizen aus Weissen zusammen, die im "Kampf gegen Aufständische und zur Kontrolle von Unruhen" ausgebildet werden. Die Unternehmen müssen Einheiten der südafrikanischen Streitkräfte ihre Tore öffnen und ihre Milizen in die regionale Verteidigungsplanung einbeziehen. Sie müssen ausserdem Lagerraum für Waffenvorräte zur Verfügung stellen. (...).

(informationsdienst südliches afrika (BRD), 6-87)

29-5-87 1-ZA

W Germany buys more SA raw materials

West German imports of raw material from SA increased sharply in 1985.
(Fin. Times (Br), 29.5.87)

6-87 1-ZA

SA-Finankonsulat in Zürich eröffnet

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit ist im Juni in Zürich ein südafrikanisches Finanzkonsulat eröffnet worden, das das schlechte Image des Landes aufbessern und Geschäfte in Gang bringen soll.

(Neue Zürcher Zeitung, 24./25.10.87)

4-6-87 1-ZA

Sullivan calls for SA pullout

The Rev Leon Sullivan, a black American clergyman, yesterday abruptly abandoned his widely-used guidelines for US companies in South Africa and called for a total corporate pullout within nine months.

Mr. Sullivan, whose code has been in operation for 10 years, also called for a total US economic and diplomatic embargo "until statutory apartheid is ended and blacks have a clear commitment for equal political rights."

(Independent (Br), 4.6.87)

4-6-87 1-ZA

Sullivan Abandons His SA Conduct Code

(Guardian, Weekly Airmail Edition, (Br), 14.6.87)

4-6-87 1-ZA

Konstante Auswandererzahl

Weiter an Attraktivität verloren (für Schweizer, die auswandern wollen), hat Südafrika: grösster Rückwanderungsüberschuss (Biga-Statistik)
(AP/Neue Zürcher Zeitung, 4.6.87)

4-6-87 1-ZA

Ausverkaufsstimmung vorbei

Interview mit dem Chef der Südafrikanischen Reserve-Bank, Gerhard de Kock (von Hansjörg Saager)

De Kock: "Die politische Situation in SA hat sich in letzter Zeit leicht verbessert, ohne dass ich aus der Sicht des Notenbankchefs behaupten möchte, dass sie gut sei. Heute beurteilen europäische und amerikanische Geschäftsleute die Lage in SA wieder zuversichtlicher, während noch vor einem Jahr im Ausland von einer Revolution oder gar einer kommunistischen Machtübernahme die Rede war. (...). Heute hat man im Ausland zur Kenntnis genommen, dass wir Recht und Ordnung in SA aufrechterhalten können und der Alltag wieder eingeleitet ist. Ich möchte mit diesen Bemerkungen die Probleme in SA in keiner Weise verharmlosen. Ich zweifle nicht daran, dass die Regierung nach dem Wahlsieg vom 6. Mai ihren Reformprozess fortsetzen wird. Damit dürfte sich auch die ausländische Beurteilung SA's weiter verbessern. Bereits können wir feststellen, dass ausländische Investoren die Möglichkeit von Neuanlagen in SA in Erwägung ziehen."

Frage: Glauben Sie wirklich, dass in nächster Zukunft wieder vermehrt ausländische Investitionen in SA getätigt werden?

De Kock: "Bestimmt! Man kann die Leute nicht mit falschen Darstellungen über die Lage in SA auf die Länge zum Narren halten. (...). Ein Zeichen für die geänderte Beurteilung im Ausland ist die Tatsache, dass der Tourismus langsam im Aufschwung begriffen ist. Wir werden die Leute in diesem und im nächsten Jahr überzeugen, dass wir auf friedliche Weise den Reformprozess fortsetzen, dass Vertreter der schwarzen Bevölkerung in die Regierung aufgenommen werden, dass wir bereit sind, die Macht zu teilen. Wir werden auch beweisen, dass wir unsere Wirtschaft auf den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft aufbauen werden."

Frage: Rechnen Sie mit einer Fortführung des Reformprozesses?

De Kock: "Unbedingt. Denn allein Resultate zählen. Für Bankiers sind Lippenbekenntnisse und Versprechungen wertlos. In der Finanzwelt lässt man sich nur durch Handlungen beeindrucken. Die politischen Unruhen und die Verkündung des Moratoriums hat in der Finanzwelt einen Schock ausgelöst. (...)."

(Schweizerische Handelszeitung, 4.6.87)

5-6-87 1-ZA

US-Firmen sollen aus SA abziehen

Der schwarze Baptistenpfarrer Leon H. Sullivan ändert seine Haltung. Er fordert jetzt, dass die noch verbleibenden US-Firmen SA innert 9 Monaten verlassen. Und er kritisiert die Passivität der Reagan-Regierung. Sullivan verlangt auch neue Boykottmassnahmen inklusive die Sperre der Einfuhr von Gold und Edelsteinen. Für die amerikanische Wirtschaft war Sullivan bislang ein Reformler, während die radikale Protestbewegung den schwarzen Pfarrer mit seinem Sitz im VR von General Motors als moralisches Feigenblatt der Wirtschaftsinteressen kritisierte.

(Tages-Anzeiger, 5.6.87)

5-6-87 1-ZA

Sullivan urges South African disinvestment

White South Africa responded critically to the call by Sullivan for disinvestment and a total boycott of the Republic. Pik Botha said that the call was not in the interests of black workers, while Mr Harry Schwarz, the finance spokesman for the liberal Progressive Federal Party,

described it as irresponsible. Disinvestment and boycotts, he said, would encourage violent change.

Archbishop Desmond Tutu expressed his support for Mr Sullivan's disinvestment call. (Financial Times, 5.6.87)

5-6-87 1-ZA

Ein Wachstumshaushalt für Südafrika.

-> Budget 87/88

SA will die Ausgaben für Polizei und Armee, aber auch für den Bildungssektor steigern (Neue Zürcher Zeitung, 5.6.87)

5-6-87 1-ZA

- The ANC: Going on the defensive

A series of events around the world during the past week has raised new hope that the SA peace initiative could soon be back on the road.

"One gesture it seems, is all that is needed to turn talks into action - agreement by the ANC to end its campaign of violence. State President PW Botha has said as much in a letter to the heads of the seven leading industrial nationals who have been asked to pressure the ANC to lay down its arms. This Group of 7 is expected to discuss the SA issue when it meets in Venice next week. What will flow from the talks is uncertain, but, as far as the ANC is concerned, real pressures against its policies are finally building up abroad. For the first time in years it is on the defensive against international opinion."

- ANC-2: Caning for Canada

Governments' determination not to compromise in any way on the ANC's strategy of violence is behind the latest appeal by PW Botha to the heads of the seven industrialised nations to clearly acknowledge that the ending of violence is the key to progress in SA. Pik Botha: "The president and I have in the past repeatedly told the Seven that this is the key to solving SA's problems. If the Seven want to play a constructive role, they should urge the perpetrators of violence to cease their actions." Botha says governments' reform plans are being hampered by the West's continuing willingness to "lend an ear" to the ANC which remains committed to violence as a political strategy. He says while government doesn't want to tell the West who it should have contact with, it urges Western leaders to speak out strongly against the use of violence whenever contact is made with the ANC.

(Financial Mail (SA), 5.6.87)

6-5-87 1-ZA

Pretoria risks new business exodus

SA and foreign business leaders have warned the government that it faces a further mass exodus of foreign companies unless it drops proposed legislation obliging companies to deduct rent arrears from employees wages. The foreign companies' resistance to domestic anti-apartheid and disinvestment lobbies has already been weakened by the right-wing shift in the May 6 whites-only elections, statements by government ministers that foreign companies will have to comply with a more strictly applied Group Areas Act, and reimposition last week of the nationwide state of emergency.

(Financial Times, 15.6.87)

15-6-87 1-ZA

Ford set to quit SA

(Independent (Br), 15.6.87)

16-6-87 1-ZA

Disinvestment from SA: Inside, doubt takes root

-> speziell Rolle Cosatu; + Liste, in welchem Jahr welche Firma SA verliess
(Financial Times, 16.6.87)

17-6-87 1-ZA

Südafrikas ehrgeizige Ölpläne

Mossel Bay soll ab 1991 rund 400'000 Liter Öl produzieren
85 km vor der Küste des Hafens Mossel Bay soll eines der bedeutendsten Gasfelder im Indischen Ozean mit einer Lebensdauer von etwa 30 Jahren abgebaut und an Land in synthetische Öle, d.h. Diesel, Kerosen, Butan und Ethanol umgewandelt werden. SA ist an ausländischer Beteiligung sehr interessiert.
(Finanz und Wirtschaft, 17.6.87)

21-6-87 1-ZA

South African blacks begin to doubt effect of sanctions

-> opinion poll, trade union report etc.
(Sunday Times, 21.6.87)

22-6-87 1-ZA

US Apartheid Activists focus on Foreign Firms

As US firms pull out of SA, Anti-Apartheid activists focus on foreign concerns with holdings in SA. However, pressuring non US companies is much more difficult as they operate under different corporate rules.

(Int. Herald Tribune (US), 22.6.87)

3-7-87 1-ZA

US bans import of SA uranium

(Star (SA), 3.7.87)

4-7-87 1-ZA

Japanese business chief backs SA links

(Fin. Times (Br), 4.7.87)

7-87 1-ZA

"Wir wollen Sanktionen, um das Apartheid-Regime zu isolieren"

Auf dem zweiten Nationalkongress der Südafrikanischen Gewerkschaften fordert COSATU internationale Solidarität.

-> Wortlaut der COSATU-Resolutionen
(informationsdienst südliches afrika 6/87)

7-7-87 1-ZA

Rückzug amerikanischer Firmen aus Südafrika. Debatten über Ausharren oder Einlenken

Vor kurzem haben auch Ford, ITT und Citibank ihren vollständigen Rückzug aus SA bekanntgegeben

Bis Ende Mai haben sich 104 amerikanische Firmen aus SA zurückgezogen. Rund die Hälfte hat ihre Beteiligungen an südafrikanische oder andere ausländische Unternehmen verkauft, 12 haben ihre Niederlassungen ganz geschlossen, und die restlichen haben entweder direkt oder über einen Trust noch eine Minderheitsbeteiligung beibehalten. Mit wenigen Ausnahmen schlossen die Amerikaner Verträge mit den neuen Besitzern ab, wonach die Belieferung mit Gütern und Ersatzteilen sowie mit Know-how, Lizenzen und Technologie aufrechterhalten bleibt. Auf den ersten Blick ändert sich, abgesehen vom Besitzerwechsel, an der Geschäftstätigkeit also kaum was.

Kommentar Citizen: SA kann vom Wegfall der "US-inspirierten Coca-Cola- und Kaugummi-Kultur" nur profitieren.

Kommentar Business Day: Obwohl SA amerikanische Interessen zu Billigpreisen ohne ins Gewicht fallende Nachteile aufkaufen kann, drohen die Folgen der Selbstgefälligkeit. Auf längere Sicht zehrt eine anhaltende Desinvestition an SA's wirtschaftlicher Substanz, denn jeder Rückzug bricht eine Beziehung zum Westen ab. Die wachsende Isolation bringt zwar die weissen Südafrikaner dazu, ihre Reihen zu schliessen, doch gleichzeitig werden die Schwarzen in die Armut getrieben.

(Neue Zürcher Zeitung, 7.7.87)

10-7-87 1-ZA

Nationalratskommission gegen Südafrika-Sanktionen

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des NR beschliesst mit 11:5 Stimmen, dem Plenum die Ablehnung der Initiative von NR Paul Rechsteiner (SP/SG) zu empfehlen. Mit der Initiative hatte Rechsteiner die Schaffung eines Bundesbeschlusses angeregt, welcher sämtliche Kapitalexporte nach SA (unter Einschluss der Export- und Exportfinanzkredite, Goldswaps und Konversionen) sowie den Goldhandel mit SA dem "Courant normal" unterstellen sollte, um damit eine Umgehung der SA-Sanktionen durch die CH zu verhindern.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 11./12.7.87)

12 (?) -7-87

Dakar talks

-> ANC trifft weisse Südafrikaner

13-7-87 1-ZA

Don't pull out, says Canada

A canadian government report has come out against disinvestment from South Africa, concluding that more pullouts would hurt, not help, black workers.

(Star (SA), 13.7.87)

15-7-87 1-ZA

Von der Arbeitervvertretung zur politischen Macht

am 15-7 beginnt in SA der erste Cosatu-Kongress seit ihrer Gründung 1985

Gewerkschaften als politische Nachfolger der verbotenen UDF

(taz (BRD), 15.7.87)

16-7-87 1-ZA

Sharp drop in SA trade with Britain

Trade between Britain and SA is declining dramatically under pressure from a steady and hostile anti-apartheid campaign (32 % fall in imports from SA).

(Star (SA), 16.7.87)

17-7-87 1-ZA

Shell South Africa: The social side of business

Shell has made it clear that it will not follow the lead of other multinationals and leave SA. But it will do so with clearly defined social goals in mind as well as commercial ones. This could prove tricky

+ ein Interview mit dem chairman von Shell SA; + Artikel über Royal Dutch Shell und die Anti-Apartheid-Kampagne

(Financial Mail (SA), 17.7.87)

19-7-87 1-ZA

Pope boycotts a „brutal“ SA

(Sunday Star (SA), 19.7.87)

20-7-87 1-ZA

Gewerkschaften fordern Isolation Südafrikas

-> Cosatu-Kongress; Cosatu hat an ausländische Unternehmen appelliert, Anlagekapital aus SA zurück zu ziehen. Die rund 1500 Delegierten haben sich in Resolutionen für "umfassende und zwingende Sanktionen" entschieden, um den internationalen Druck gegen SA zu verstärken:

- > keine Kredite mehr an Regierung und SA-Unternehmen
 - > Abbruch der diplomatischen Beziehungen
 - > SAA die Landrechte entziehen
 - > völliger Rückzug aller ausländischen Unternehmen aus SA (Gewerkschaften sollen aber vorgängig informiert werden und ihnen Verhandlungen über Firmenbesitz, Rentenfonds etc. angeboten werden)
 - > Annahme der Freiheitscharta des ANC
- (Basler Zeitung, vgl. auch taz (BRD) und Financial Times, 20.7.87)

22-7-87 1-ZA

Rückzug von Standard Chartered aus Südafrika. Geplanter Verkauf der Stanbic-Beteiligung

Die international tätige Bank Standard Chartered sucht nach einem Käufer für ihren noch verbliebenen Anteil von 39% an der südafrikanischen Standard Bank Investment Company (Stanbic).
(Neue Zürcher Zeitung, 22./23.7.87)

23-7-87 1-ZA

Das Treffen zwischen Südafrikanern und dem ANC

Die Rückkehrer durften auf keinem südafrikanischen Flughafen eine PK abhalten.
(Neue Zürcher Zeitung, 23.7.87)

24-7-87 1-ZA

Desmond Tutu: "If not this, then what?"

Interview mit Tutu über Sanktionen
(Financial Mail (SA), 24.7.87)

24-7-87 1-ZA

Enrichment go-ahead

One of the major obstacles to the development of South Africa's nuclear energy programme will be overcome by the end of the year when the AEC's enrichment plant comes on stream. The Atomic Energy Corporation's uranium enrichment plant Valindaba is expected to come into commercial production by the end of the year.
(Financial Mail (SA), 24.7.87)

30-7-87 1-ZA

South Africa: Withdrawal symptoms

-> längerer Bericht über den Cosatu-Kongress
(The Press Trust of South Africa, 30.7.87)

31-7-87 1-ZA

BBC may ban all sales to SA

Move to force total broadcasting blackout
(Star (SA), 31.7.87)

8-87 1-ZA

Vorposten des Westens im südlichen Afrika: South African Air Force - Suid Afrikaans Lugmag

"Bei einem kürzlichen Besuch im Grenzland zwischen Angola und Namibia hatte der Autor Gelegenheit, sich ein Bild über die Einsatzbereitschaft der SAAF zu machen."

Von Korporal Ivo Sturzenegger, Glattbrugg
(Schweizer Soldat 8/87)

8-87 1-ZA

Ein Jahr Ausnahmezustand: Nachdenken über neue Strategien.

-> fünfseitiger, ausführlicher Artikel (Wirtschaftliche Situation, Widerstand, Rolle Gewerkschaften etc.)

(blätter des iz3w, Nr.143, August 1987)

5-8-87 1-ZA

Saudis sold oil worth \$500m a year to S.Africa says Bamieh

(SouthScan (Br), 5.8.87)

6-8-87 1-ZA

Barclays: A case study in disinvestment

(Fin. Times (Br), 6.8.87)

7-8-87 1-ZA

Südafrikas Gold- und Devisenreserven

haben im Juli trotz der wieder angelaufenen Schuldentilgung einen Rekordstand erreicht (höchster Stand seit Februar 1984)

(DPA/Neue Zürcher Zeitung, 7.8.87)

8-8-87 1-ZA

Standard Chartered Bank sells stake in SA associate

The Anti-Apartheid Movement has been operating a worldwide boycott against Standard since May 87.

(Fin. Times (Br), 8.8.87)

10-8-87 1-ZA

Rückzug der Standard Chartered aus Südafrika

Die englische Standard Chartered Bank wird sich als letzte grössere ausländische Bank aus SA zurückziehen und ihre Anteile von 39% an der südafrikanischen Standard Bank verkaufen (Preis: 716 Mio. Rand)

>"eine der bedeutendsten Desinvestment-Operationen seit Jahren."

(Der Bund, 10.8.87)

13-8-87 1-ZA

Standard Chartered zieht sich aus SA zurück

Standard Chartered ist die dritte multinationale Grossbank, die sich innert der letzten Monate aus SA zurückgezogen hat; die Vorgänger waren Barclays im November und Citicorp im Juni.

Wie verlautet, erfolgte die Desinvestition zwar primär aus Gründen einer Umstrukturierung der Standard Chartered und der nicht den Erwartungen entsprechenden Ertragslage der Standard Bank, doch hat der politische Druck die Abwicklung des Geschäfts beeinflusst und beschleunigt.

(Neue Zürcher Zeitung, 13.8.87)

14-8-87 1-ZA

Short-term insurance: Nuclear all clear

Despite withdrawal by one major US pool from the SA nuclear insurance market, the Koeberg risk continues to gain foreign support. Indeed capacity was increased this year to R 945 mio (up from R 900 mio in 1986) and is now 35% higher than in 1985. Cover provides material damage and third party insurance for the Koeberg nuclear power plant under the "home pool" administered by the SA Insurance Association (Saia).

Saia also administers a "foreign pool". Despite the few but serious nuclear disasters overseas in recent years, underwriting remains profitable.

The foreign pool which has 15 local members, was started in the late Seventies. The first US business was accepted in 1979. Business in the foreign pool is underwritten from Brazil, Britain, Canada, France, West Germany, Japan, Korea, Spain, Switzerland, and, of course, the US where there are now 99 nuclear power stations.

(Financial Mail (SA), 14.8.87)

14-8-87 1-ZA

Job Reservation: Scrapped at last

Statutory job reservation in the mining industry was effectively scrapped in parliament this week in spite of opposition by the Conservative Party. The Mines and Works Amendment Bill must now only be signed by the State President to become law. The ending of de jure job apartheid on the mines follows nearly 5 years of negotiations.

(Financial Mail (SA), 14.8.87)

14-8-87 1-ZA

Homelands: Greater powers

Long-awaited details of government's controversial plan to give greater legislative powers to non-independent homelands have been released (->Selfgoverning Territories Bill). A number of anti-apartheid groups have expressed concern that the Bill could strip blacks of more rights in "white" SA.

Constitutional Development and Planning Minister Chris Heunis said the most important change will be a new approach in defining the legislative power of homelands. New powers will also allow the homelands to establish their own State departments and Supreme Courts; to negotiate agreements with other governments with the consent of the Minister of Foreign Affairs; to raise loans from the Development Bank and Land Bank; to control provincial roads in their territories; to enter agreements with provincial authorities or other "self-governing" territories to promote regional co-operation.

The homelands will retain existing legislative authority over matters such as education, health and welfare, public services, housing, agriculture, public works, labour, direct taxes, civil defence, tourism, forestry, nature conservation, registration of companies and deeds, legal aid, sport and recreation and public holidays.

The Bill will not apply to a homeland government automatically: it will have to make application. It remains governments' view that the citizens of homelands that refuse to accept "independence" must be politically accommodated within SA.

(Financial Mail (SA), 14.8.87)

20-8-87 1-ZA

Der Zürcher Kirchenrat und seine Südafrikareise

-> inkl. Einweihungsfeierlichkeiten für eine neuerstellte Bibliothek der technischen Schule von Ga-Rankuwa in Bophuthatswana.

"Dass die Schule von Ga-Rankuwa, die in 12jährigen Bemühungen vom Schweizer Lehrer Alfred Hotz unter tatkräftiger Hilfe der Schweizer Wirtschaft und mit öffentlichen Beiträgen aufgebaut worden ist, im Homeland Bophuthatswana liegt, dessen 'Unabhängigkeit' von niemandem ausser Südafrika anerkannt wird, sei nicht relevant [habe es an der PK geheissen]. Es gehe darum, allen Schwarzen zu helfen, auch jenen auf dem Lande, und im Bildungswesen steckten die besten Möglichkeiten, die Rassentrennung zu überwinden, und zwar gewaltlos und in Freiheit."

(Neue Zürcher Zeitung, 20.8.87)

21-8-87 1-ZA

Schweizer Aussenpolitik und Südafrika

-> AWEPEA (Association of Western European Parliamentarians Against Apartheid)

Pressekonferenz vom 21-8-87

Referat Paul Rechsteiner im Wortlaut

(AWEPA PK, 21.8.87)

21-8-87 1-ZA

Verbunden im Gold und im Geist. Das besondere Verhältnis der Schweiz zu Südafrika

2. Streikwoche von mehr als 300'000 Minenarbeitern

"Während also im international isolierten SA sich die Lage auf neue Weise zuspitzt, dominieren in der CH, über dessen Bankenpool ja bekanntlich 60% des südafr. Goldes gehandelt wird, nach wie vor geistige Einstellungen und ein praktisches Verhalten zum Apartheid-Regime, wie sie in anderen westlichen Ländern nurmehr in kleinen Zirkeln gepflegt werden. Es scheint beinahe, als wäre die Schweiz selbst Bestandteil des burischen 'Laagers', das sich gegen eine ihm feindlich gesinnte Umwelt abkapselt."

Dazu zwei aktuelle Gegebenheiten:

1. Am 5-9-87 wird Staatssekretär Edouard Brunner an einem Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) sprechen. Die von SVP-NR Christoph Blocher präsierte asa vertritt seit Jahren den "Reformkurs" des gegenwärtigen SA-Regimes.

"In welchem anderen europäischen Land würde sich ein Spitzenbeamter für eine solche Propagandaveranstaltung zugunsten SA's zur Verfügung stellen?"

2. SA-Reise von je einer hochdotierten Zweierdelegation der reformierten Kirche des Kantons Zürich und der Regierung ins Homeland Bophuthatswana (Einweihung der "Turicum Library").

"Der scheidende Präsident des (schwarzen) südafrikanischen Kirchenrates ebenso wie der Präsident des Reformierten Weltbundes hatten dem Zürcher Kirchenrat dringend von diesem Besuch abgeraten. Das südafrikanische Regime werde die Teilnahme einer offiziellen Delegation propagandistisch als Anerkennung ihrer Homeland-Politik werten. Zumal der Eröffnungsakt im Rahmen der Feiern zum zehnten Jahrestag der "Unabhängigkeit" des Homelands stattfinde."

(WochenZeitung, 21.8.87)

21-8-87 1-ZA

The Economy: a wilting, fragile flower

Kommentar Financial Mail über wirtschaftliche Situation in SA
(Financial Mail (SA), 21.8.87)

21-8-87 1-ZA

London views on Gold

Analysts in London are divided on SA gold shares. The Financial Times index of SA gold mine stocks in dollar terms has fallen by 18% from the start of the strike. However, the gold price has weakened too, falling on Tuesday by 4,3% from US\$ 476/oz. Over the same period the Australian gold share index has dropped by 6% and the Canadians are down 3%.

Analysts cite a variety of factors that could be affecting the shares. The strike, they say, is the least among their worries about fundamentals. Although the stoppage has lasted longer than previous ones, it will still prove a temporary phenomenon. But the financial rand, although up today at US 28,25c is a worry. The fall from US 35c may be a reaction to Standard Chartered's R500 mio sales and the Lion Match withdrawal.

One school believes SA golds are cheap and there is strong buying interest (helped by the positive De Beers results); others contend that international investors are staying out and will stick with Australians and Canadians.

(Financial Mail (SA), 21.8.87)

21-8-87 1-ZA

SA's Budget Vote. PW's total onslaught

PW Botha is preparing an unprecedented onslaught on a wide range of leftwing opponents.

"Effectively, there will be investigations into:

> the activities - including contacts with the ANC - and funding of extra-parliamentary groups and individuals

- > the activities of foreign diplomats based in SA - particularly contacts with extraparlimentary groups
- > the 'alternative' media

It is the 'tragedy of the elections results', one politician describes Botha's hardline attitude. Government strategy now, it seems, is to anticipate favourite rightwing themes - subversion, meddlesome foreign powers, the press - and so pre-empt them. (...). In essence, Botha's reaction boils down to the consideration of measures to clamp down on South Africans who have contact with the ANC and restrict the flow of foreign funds to certain extra-parliamentary organisations.

These may include:

- > stricter control over the issuing and renewal of passports for 'South Africans who collaborate with SA's enemies'
- > changes to laws to restrict the flow of funds from abroad 'to be used for undermining the State and promoting extra-parliamentary politics'
- > possible measures to curb foreign funding of extra-parliamentary groups."

BOX: One before the other

"Government's softening of its line on the release of political prisoners by dropping its insistence on renunciation of violence as a prerequisite is a result of growing concern in Cabinet at the implications of Nelson Mandela dying in jail. It seems that former ANC national chairman, Govan Mbeki, now 76 and rumoured to be in poor health, will be the first to be freed in terms of the 'new deal'. This could pave the way for Mandela."

(Financial Mail (SA), 21.8.87)

21-8-87 1-ZA

Südafrikanischer Politiker in Bern

Am 21-8 traf Edouard Brunner Hudson Ntsanwisi, Chefminister des Homelands Gazankulu (noch nicht "unabhängig" von SA); Brunner betonte, das Treffen habe ausserhalb der EDA-Räumlichkeiten stattgefunden und es sei bei diesem Gespräch um Schweizer Hilfe für die mozambiquanischen Flüchtlinge in Gazankulu gegangen; er wertete das Treffen aber auch als eine der vielen Bemühungen der CH, mit den Vertretern der versch. polit. Strömungen in SA ins Gespräch zu kommen, mit dem Ziel, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. (Tages-Anzeiger, 22.8.87)

22-8-87 1-ZA

Politiker fordern Sanktionen

Die Schweiz soll ihre Südafrikapolitik ändern

Nach wie vor unterlaufe die CH die internationalen Boykottmassnahmen und gebe damit anderen Staaten einen Vorwand, dies ebenfalls zu tun. Schweizerische und ausländische Parlamentarier der Vereinigung westeuropäischer Parlamentarier gegen die Apartheid (Awepaa) forderten die CH auf, ihre "kurzsichtige und unmoralische Politik" gegenüber SA zu ändern.

Awepaa: 1000 Mitglieder, darunter 60 Schweizer NR und 7 SR

Die Schweiz verhalte sich keineswegs neutral, erklärte Pieter Sluiter, Generalsekretär der Awepaa, sondern betreibe "aktives Lobbying". Der belgische Awepaa-Vizepräsident, Luc Dhoore: die CH werde von Sanktionsgegnern häufig als Alibi gebraucht. Er schlug vor, dass die CH beispielsweise künftig auf Kohleimporte aus SA verzichten könnte, was von der internationalen Gemeinschaft als symbolische Geste verstanden und begrüsst würde.

Als lächerlich bezeichnete Anita Fetz (Poch, BS) den 1,7 Mio Fr -Beitrag der CH zur Förderung des Dialogs zwischen den Konfliktparteien. Rolf Seiler (CSP, ZH) verlangte klar den Verzicht auf die Gewährung der Exportrisikogarantie und auf Handelsförderung. (Berner Zeitung, 22.8.87)

22-8-87 1-ZA

Ist die Koexistenz möglich?

->zwei PK's, zwei Meinungen: 1. AWEPA, 2. Hudson Ntsanwisi

Ntsanwisi - der sich an seiner PK gegen Sanktionen aussprach - sei (zusammen mit seiner Sozialministerin Betty Kubay) als Gast der asa in der Schweiz
(Der Bund, 22.8.87)

22-8-87 1-ZA

Schweizer Politik gegenüber Südafrika kurzfristig?

-> Awepaa-Pressekonferenz

Die CH unterstütze jedenfalls im wirtschaftlichen und militärischen Bereich nach wie vor wirkungsvoll die Regierung in Pretoria, meinte NR Anita Fetz. Mit Pretoria Gespräche über eine Beendigung der Apartheid zu führen, sei nutzlos, erklärte NR Paul Rechsteiner (SP/SG). Solche Kontakte seien bis jetzt noch immer gescheitert.

Die Vereinigung westeuropäischer Parlamentarier gegen Apartheid wurde 1984 gegründet.
(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 22.8.87)

25-8-87 1-ZA

Vor einer Steuerreform in Südafrika?

Empfehlungen der Margo-Kommission
(Neue Zürcher Zeitung, 25.8.87)

25-8-87 1-ZA

Zurückgetreten

Der erste farbige Minister SA's, Allan Hendrickse, ist zurückgetreten - nachdem er von PW Botha einen Brief erhalten hatte, in dem ihm dieser mitteilte, seine Zugehörigkeit zum Kabinett sei nicht länger hinzunehmen. Botha warf ihm vor, eine "negative Einstellung" gegenüber den Buren zu zeigen.

(Der Bund, 25.8.87)

26-8-87 1-ZA

Anstatt wirtschaftlicher Sanktionen: 2,2 Millionen für positive Massnahmen in SA

Zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsschichten SA's wurden in diesem Jahr vom EDA neun Beiträge von insgesamt 2,2 Mio Franken an lokale Privatorganisationen gewährt. Mehr als die Hälfte der Summe wurde dem von einem schweizerischen, interkonfessionellen Komitee lancierten Programm für Universitätsstipendien zugesprochen. Diese 1,15 Mio ermöglichen es den südafrikanischen Partnerorganisationen, rund 400 schwarze, indische und Coloured-Studenten finanziell zu unterstützen.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 26.8.87)

26-8-87 1-ZA

Südafrikas Zentralbankchef fordert Reformen

Gerhard de Kock hat (auf der Jahresversammlung der Bank) für SA weitreichende politische Reformen gefordert, ohne sie werde das Wirtschaftswachstum gering bleiben. Die expansive Geld- und Fiskalpolitik allein habe nicht genügt, die Wirtschaft aus einer mehr als zweijährigen Rezession in eine stabile Erholungsphase zu führen. Die wirtschaftlichen Aussichten SA's hatte die Zentralbank bereits Anfang der Woche als düster dargestellt. Nach ihren Prognosen wird das Wachstum unter dem Regierungsziel von 3% bleiben.

Vertrauen sei bei den gegenwärtigen Verhältnissen ein wichtiger Bestandteil des Wachstums, sagte de Kock. Über die Geld- und Fiskalpolitik seien die unternehmerischen Entscheidungen kaum zu beeinflussen, hingen sie doch vor allem mit politischen Überlegungen zusammen. Auch der anhaltende Rückgang der Investitionen sei auf das mangelnde Vertrauen zurückzuführen.

(Reuter/Neue Zürcher Zeitung, 26.8.87)

28-8-87 1-ZA

The Miners' Strike: The sword cuts both ways

While the strike has a distinct historical-political context, some observers on the management side feel it is related more to bread and butter issues. However, such issues take their lead from the Freedom Charter.

-> Zweiseitiger Artikel über Minenarbeiter-Streik
(Financial Mail (SA), 28.8.87)

29-8-87 1-ZA

Weiterhin wenig Vertrauen in Südafrikas Wirtschaft. Jahresbericht des Zentralbank-Gouverneurs

Die Tilgung der Auslandsschulden ist unter Kontrolle; bis Ende 1987 werde SA 4,8 Mia \$ zurückgezahlt haben, entsprechend 7% des jährlichen Exportwertes.

Trotz der Schuldentilgungen hätten sich die Devisen- und Goldreserven der ZB und der übrigen Banken von einem Tiefstand von 1,9 Mia \$ im April 1986 auf 3,9 Mia \$ erholt.

Besonders enttäuschend ist die Entwicklung der realen Investitionsausgaben. Nach

anhaltendem Abwärtstrend seit 1982 zeigte sich im zweiten Halbjahr 1986 eine bescheidene Wende, aber sie ist wieder versandet. Alles verfügbare Geld werde an den Finanzmärkten

angelegt statt in Backsteinen, Zement und Stahl, sagt de Kock. Gründe? De Kock:

Mangelndes Vertrauen wg. Ungewissheit über das Tempo des Fortschritts der politischen und sozialen Reformen und des verschlechterten Images Südafrikas im Ausland; der

beträchtlich diskontierte Finanzrand bringe dies klar zum Ausdruck.

De Kock: "Die Wirtschaft wird eine optimale Leistung nicht erbringen, solange sowohl Geschäftsleute wie Konsumenten nicht eine positivere Sicht von Südafrikas sozialer und politischer Zukunft haben." Geld- und fiskalische Massnahmen allein können in de Kocks Sicht nichts dazu beitragen, wirtschaftliche Entscheidungen von politischen Meinungen gleichsam abzutrennen; "das ist eine Realität, die anerkannt werden muss."

Die Verbindungen von Wirtschaft und Politik kommt wohl nirgends deutlicher zum Ausdruck als in dem nun seit drei Wochen dauernden Streik in den Minen.

(Neue Zürcher Zeitung, 29./30.8.87)

1-9-87 1-ZA

Gemässigte Positionen zu Südafrika. Pressekonferenz Buthelezi in Bern

Die PK wurde von der asa und von Christian Solidarity International organisiert

"Äusserst vorsichtig behandelte Buthelezi das Problem der Staatsform in einem künftigen, nicht rassengesetzten SA. Prinzipiell halte er an der Forderung nach umfassender Demokratie ('one man, one vote') in einem Einheitsstaat fest, sei aber auch bereit, über bundesstaatliche Modelle zu diskutieren.

Eine simple Übertragung existierender föderativer Systeme auf SA sei aber weder möglich noch sinnvoll, da in jedem Staat andere Rahmenbedingungen herrschten. Niemals dürfe gleichsam unter dem Deckmantel bundesstaatlicher Organisation das Prinzip der Ethnizität in einer künftigen Verfassung festgeschrieben werden.

Buthelezi wurde am 1.9. in Bern von Bundespräsident Pierre Aubert zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. "Wie das EDA mitteilte, gab das Gespräch Gelegenheit zu einem ausführlichen Gedankenaustausch über die Lage in Südafrika und deren jüngste Entwicklung. Das Gespräch mit Buthelezi ist laut EDA im Zusammenhang mit den Bemühungen der Schweiz zu sehen, den Dialog sowohl mit der südafrikanischen Regierung als auch mit anderen interessierten Parteien aufrechtzuerhalten."

(Neue Zürcher Zeitung, 2.9.87)

3-9-87 1-ZA

Solidarität mit den streikenden Minenarbeitern in SA

Letzte Woche zwei Mobilisierungen zur Unterstützung: "Radiowanderung" der AAB auf der Zürcher Bahnhofstrasse von Grossbank zu Grossbank; Versammlung auf der Landiwiese nach einer Aufführung des Market Theatre, Fackelzug zum Paradeplatz.

Vor der Demo hatte der Kommunistische Jugendverband zugunsten der Kumpels und ihrer Gewerkschaft NUM eine Geldsammlung durchgeführt.

(Vorwärts, 3.9.87)

3-9-87 1-ZA

Die offizielle Schweiz und Südafrika: "Abgrundtiefer Zynismus"

Mit gezielten Massnahmen könnte die CH die Apartheid zu Fall bringen

-> Gold

1985 importierte die CH für 21 Mia Fr. Gold und exportierte Gold im Wert von 23 Mia Fr. Jede der drei Grossbanken besitzt eine Goldveredelungsfabrik - sie besitzen weltweit die grösste Veredelungskapazität. Und wenn SA mehr als die Hälfte des weltweit geförderten Goldes produziert, so bewegt sich etwa 60 % des weltweit geförderten Goldes über die CH, als Drehscheibe, über Händler, Refiner und Verarbeiter.

"Jede Regierung (ist) prinzipiell eine politische und nicht eine moralische Instanz", meinte 1986 Botschafter Rüegg (zit. nach Tages-Anzeiger Magazin 38/86), angesprochen auf die Haltung der Schweizer Regierung zur Frage des Boykotts von SA. Und: "(...) ist es bisher grundsätzlich der Wirtschaft überlassen worden, sich selbst einen Verhaltenskodex aufzuerlegen." (zit. ebd.)

Die Wirtschaft spielt denn Ball zurück: Paul Twerenbold, Presse- und Informationsabteilung der SBG: "Wir stellen uns auf den Standpunkt, dass es nicht Aufgabe der Banken ist, aus politischen Gründen Südafrika zu boykottieren. Vielmehr sind es die politischen Behörden, die derartige Massnahmen zu beschliessen hätten." (zit. TAM 28/86)

"Dabei könnte die CH aufgrund ihrer dominanten Stellung und in Absprache mit anderen Ländern die Apartheid in kürzester Zeit zu Fall bringen. Mit einer gezielten Enthortung der internationalen Goldreserven könnte der Goldpreis gesenkt und damit auf die für SA lebenswichtigen Exporteinnahmen Druck ausgeübt werden. Dass sich angesichts der realen politischen Einflussmöglichkeiten der BR getraut, 2,2 Mio Fr als 'positive Massnahmen' zu bezeichnen, ist eine abgrundtiefe Verhöhnung der Öffentlichkeit. Nur zu verstehen, wenn man weiss, dass Politik und Wirtschaft in der CH von den selben wenigen Clans gemacht wird, von dieser 'Crème de la crème', die gleichzeitig in den Verwaltungsräten der Grossbanken, der bedeutendsten Wirtschaftsunternehmen und in den Banken des National- und Ständerats sitzt."

(Vorwärts, 3.9.87)

4-9-87 1-ZA

SA-Finanzminister über Finanzsanktionen

Zitat Barend du Plessis (SA-Finanzminister) anlässlich der Parlamentsdebatte vom 4.9.:

"Wenn sich etwas katastrophal auf unsere Wirtschaft auswirkt, dann ist dies das Abgeschnittenwerden vom internationalen Finanznetz. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere den Beitrag eines unserer Beamten in der Schweiz, Chris van der Walt, erwähnen [>Finanzkonsulat in ZH]. Ihm ist es zu verdanken, dass die richtigen Tatsachen über SA zu unseren Bankenverbündeten in der ganzen Welt gelangen, mit denen wir schon über Jahre hinweg so wertvolle Beziehungen pflegen."

(Pressecommuniqué Aktion Südafrika-Boykott, 3-88/1-ZA 1988/1)

4-9-87 1-ZA

Suisse - Afrique du Sud: Or à part...

Une comparaison internationale établie par l'hebdo britannique 'The Economist' montre que la Suisse est le pays impérialiste qui n'applique quasi aucune sanction à l'encontre de l'Afrique du Sud.

En 1986, les banques suisses ont importé 1191 tonnes d'or, pour une somme rondelette de 23,4 milliards de francs. Elles en réexportent quasi autant (Tribune de Genève, 12.2.87).

Certainement plus de la moitié devait provenir de l'Afrique du Sud; en 1983, sur 829 tonnes, 679 venaient directement ou indirectement d'Afrique du Sud.

L'autre facette ce sont les implantations industrielles et commerciales suisses en Afrique du Sud. La Suisse arrive en quatrième position, après les Etats-Unis, la Grande-Bretagne et la

RFA. On y retrouve tous les grands: Schmidheiny avec Holderbank et ses satellites dans le ciment et l'amiante, Aluisse (présente dans ALUSAF qui réprima violemment une grève le 22 juin 1982 et licencia massivement les grévistes), Ciba-Geigy, Sandoz, Givaudan, Nestlé, Bühler AG (Uzwil), Saurer, Schindler, Sulzer, BBC, Stäfa Control System (contrôlé par Elektrowatt), Luwa AG, Studer Revox, Hermes Precisa, Schweizer Rück Holding, Danzas, Kuoni, Kühne-Nagel pour les transports.

(La Brèche, 4.9.87)

5-9-87 1-ZA

Pension fund may quit SA

Pension fund trustees in membership of the GMB general union met yesterday to plan coordinated pressure on their fund to end investment in South Africa.

(Fin. Times (Br), 5.9.87)

8-9-87 1-ZA

Südafrika heute und in der Zukunft

-> 4. Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) in Egerkingen

"(...) ein Anlass, der in kurzer Zeit zu einer Institution geworden ist und jährlich mehr Teilnehmer anzieht." dieses Jahr rund 200 Personen; 4 Referenten:

der deutsche Konteradmiral a.D. Hanno Meisner (über die strategische Bedeutung SA's), Botschafter Jenö Staehelin, Chef der Politischen Abteilung I des EDA, in Vertretung von Staatssekretär Brunner (Situation in SA, die offizielle Haltung der CH) sowie Tandem-Referat des Chefministers von KwaZulu, Chief Mangosuthu Buthelezi, mit dem Vorsitzenden der südafrikanischen Urban Foundation, Jan Steyn.

(Neue Zürcher Zeitung, 8.9.87)

8-9-87 1-ZA

Asa-Seminar

Ausführungen Buthelezis: Es seien Schwarze, die jetzt die Zeche für Sanktionen bezahlen müssten. Statt Sanktionen zu ergreifen, sollten die Westeuropäer das SA-Wirtschaftswachstum fördern; nur ein solches Wachstum ermögliche den Schwarzen, einen Anteil am Wohlstand zu erreichen. Politische Freiheit sei bedeutungslos, wenn sie nicht Hand in Hand gehe mit einer materiellen Besserstellung der Massen. Die sofortige Einführung der Mehrheitsherrschaft und des "ein Mann, eine Stimme"-Prinzips würde die Armut der Schwarzen nicht beseitigen. Buthelezi betrachtet den Verfassungsentwurf, den die KwaZulu/Natal-Indaba (Verhandlungsrunde) ausgearbeitet hat (und worin eine schwarz-weiße Machtteilung vorgesehen ist), als Modell für ganz SA. Bloss, die Regierung hat diesen Vorstoss bisher abgelehnt.

Ausführungen Staehelin: Ob es der Regierung Botha letztlich um die Abschaffung der Apartheid oder bloss um deren Modernisierung gehe, könne nicht ausgemacht werden. Sie stehe vor der Aufgabe, die Freiheit für die Schwarzen und die Sicherheit der Weissen miteinander zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang gehe es nicht an, den Südafrikanern die Schaffung selbständiger Kantone nach Schweizer Vorbild zu empfehlen. Aber jede Lösung des Konflikts werde wohl auf ein föderalistisches Element zurückgreifen müssen.

(Der Bund, 8.9.87)

9-9-87 1-ZA

Die Banken haben wenig Grund zum Klagen. Nationalbank-Statistik zeigt: Guthaben in SA wurden 1986 stark abgebaut

Die SNB-Statistik zeigt markante Verschiebungen im Auslandengagement. So bauten die CH-Banken ihre Guthaben in SA innert Jahresfrist um fast 40% auf 2,46 Mia Fr. ab. Weil die Einlagen Südafrikas bei CH-Banken leicht zunahmen, bildete sich die sog. Nettoposition - der Saldo von Guthaben und Verpflichtungen - gegenüber SA im Vergleich zu 1985 um 50% auf 1,58 Mia Fr. zurück.

"Gemäss einer Umfrage der Nachrichtenagentur AP wird diese Entwicklung jedoch weder von den Grossbanken noch von ihren Kritikern auf einen Gesinnungswandel in der

Südafrikafrage zurückgeführt. Während die SKA immerhin den Abbau des SA-Engagements als Resultat einer risikopolitischen Beurteilung bezeichnete, war bei der SBG nur von Umschuldungsverhandlungen bzw. einer relativ zufälligen Entwicklung die Rede. Ob sich die CH-Grossbanken im Licht der politischen Realität - das angesehene englische Wirtschaftsmagazin 'The Economist' glaubt nicht mehr an echte Reformen unter Präsident Botha - leisten können, ihr SA-Engagement wieder aufzustocken, ist selbst nach den vagen Bundesrats-Richtlinien (Courant normal) nicht so sicher, wie die Banken glauben." (Tages-Anzeiger, 9.9.87)

9-9-87 1-ZA

Schweizer Banken bauen ihr Engagement in SA ab

Die von der SNB ausgewiesenen schweizerischen Gesamtguthaben in SA haben im vergangenen Jahr um 39,8 % auf 2,36 Mia Fr Ende Jahr abgenommen. Noch massiver abgebaut wurden die erstmals statistisch ausgewiesenen Grossbankenguthaben: Sie verringerten sich um 1,36 auf 1,71 Mia Fr, eine Abnahme von 44,2%.

Als unmittelbare Ursache führte ein Sprecher des Bankvereins (SBV) das ausbleibende Neuengagement an: Die Banken übten sich in SA in Zurückhaltung. Obwohl der Trend schon im Vorjahr deutlich erkennbar gewesen war, erstaune das Ausmass des jetzigen Rückgangs, meinte der Sprecher. Die Grossbanken hätten sich aber nicht der Boykottbewegung angeschlossen. Es gilt nach wie vor der "Courant normal".

Ein Sprecher der SKA vermutete, dass die letztjährige Umschuldungsaktion vor dem Hintergrund der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage eine Rolle gespielt haben könnte. Auch die Bankiervereinigung stellte den Rückgang des CH-Engagements fest: Niklaus Blattner: aus Sicht der Wissenschaft sei eine Abnahme der Wirtschaftsströme voraussehbar gewesen. Interessant sei nun die Frage, ob es zur Kapitalflucht käme.

Mascha Madörin, Koordinatorin der Aktion Südafrika-Boykott, wies gegenüber der Agentur AP darauf hin, dass in der Nationalbankstatistik nur etwa die Hälfte der gesamten Auslandguthaben der Banken erscheine. Die Banken hätten auch verschiedene Möglichkeiten, um das in der Nationalbankstatistik aufgeführte Engagement zu frisieren. Solange nicht das Gegenteil bewiesen sei, vermute sie, dass die CH-Banken an einem riesigen Gold-Swap-Geschäft im Frühling 1986 beteiligt gewesen seien. Bei dieser Transaktion habe SA einen kurzfristigen Milliardenkredit gegen Goldsicherung erhalten. (Basler Zeitung, 9.9.87)

10-9-87 1-ZA

Britain isolated over sanctions

Britain signalled its refusal to become involved in further sanctions against SA by once again isolating itself on the issue from the rest of the commonwealth.

(Guardian (Br), 10.9.87)

10-9-87 1-ZA

Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete

Die Schweizer Multis sind entschlossen, weiterhin Geschäfte mit SA zu machen. Sie rücken allerdings vorsichtig vom Apartheidregime ab und fördern eine Allianz zwischen "gemässigten" Schwarzen und liberalen weissen Unternehmern. Zu denken geben jedoch ihre politischen "Verbündeten" in der Schweiz

-> Bericht über asa-Seminar, an dem auch Mangosuthu Buthelezi - auf den die CH-Unternehmer heute setzen - aufgetreten sei

Zitate:

- SSAA-Sekretär 1984: "Wir nehmen lediglich die gemeinsamen Interessen der in SA tätigen Schweizer Firmen wahr (Industrie, Banken, Versicherungen) und enthalten uns jeder Stellungnahme in der Apartheidfrage."

- Pio Eggstein, Koordinator der South Africa Foundation, 1987: "Ob eine Regierung schwarz, weiss, grün oder gelb ist, ist uns letztendlich egal, Hauptsache, man kann mit ihr ein Geschäft machen."

- Frage nach Standortbestimmung der CH-Wirtschaft -> Eggstein zitiert aus Geschäftsbericht des dt. Chemiemultis Hoechst: "Es gibt unverändert viel guten Willen und auch starke Kräfte in SA, die sich von der festen Überzeugung leiten lassen, dass es noch möglich ist, eine neue und gerechte Ordnung mit friedlichen Mitteln zu schaffen." Eggstein: "Besser kann man unsere Stellung nicht umschreiben."

- "Keine Frage, die Apartheid muss abtreten", sagt Buthelezi am asa-Seminar, "die Frage ist bloss, wie bald und wie." und: "Wir Schwarzen müssen Kompromisse machen, wenn SA nicht in Schutt und Asche enden soll."

(Weltwoche, 10.9.87)

11-9-87 1-ZA

CH-Diplomatie für Apartheid

-> asa-Seminar

Stahelin: "Es geht also darum, im magischen Dreieck zwischen der Sicherheit für die Weissen, der Freiheit für die Schwarzen und dem Gewaltabbau in der Gesellschaft einen Kompromiss zu finden. Ein Kompromiss scheint alleinfalls möglich, wenn unter beiderseitiger Distanzierung von extremistischen Kräften ein schrittweiser Prozess der Vertrauensbildung eingeleitet werden kann." Die dortige Regierung müsse in Verhandlungen treten mit der Bereitschaft, die Apartheid grundsätzlich zu beseitigen, die Anti-Apartheid Opposition müsste auf das "Prinzip von one man - one vote in einem Einheitsstaat verzichten".

(WochenZeitung, 11.9.87)

11-9-87 1-ZA

Prisoner swap: A Man of Honour

This week's prisoner swap in Maputo has probably brought Nelson Mandela (69) closer to freedom than ever before. It also gives PW Botha his best opportunity to prove himself an honourable man in the eyes of a hostile world.

-> Freilassung v. Wynand du Toit (29) durch Angola "has for some time been seen as the key to Mandela's future, according to sources close to government. The possible rightwing backlash if Mandela was released before du Toit frightened many senior Nationalists."

> Zitat Botha, Januar 1986 vor dem Parlament, auf die Forderung nach einer Freilassung Mandelas: "I am conscious that Mr Mandela has been in prison for a long time and is now in his sixties. I have given this matter much thought. I stated last year that, in principle, I would be prepared to consider his release on humanitarian grounds. But I think also of Captain Wynand Pretorius Johannes du Toit at present held in an Angolan Prison. I think also of persons like (Soviet dissidents) Andrei Sakharov and Anatoly Shcharansky (...). I should like to pose the very important question: If I were to release Mr Mandela on humanitarian grounds, could Captain Wynand du Toit, Andrei Sakharov and Anatoly Shcharansky not also be released on humanitarian grounds? A positive response to this question could certainly form the basis of negotiations between interested governments."

(Financial Mail (SA), 11.9.87)

11-9-87 1-ZA

Major sanctions from US unlikely

Congressional Democrats press for new economic sanctions. Their proposal includes calling for the complete disinvestment by US firms from SA within a specified period, and attempts to stop a range of goods, including strategic minerals, being imported from SA to the US. However, all indications are that very little of the planned extension of economic measures against Pretoria will become law.

(SA Report (SA) 11.9.87)

16-9-87 1-ZA

Assocom, coal industry to ward off sanctions

The Associations of Chambers of Commerce have formed an anti-sanctions campaign group which has left SA on a 10-day "goodwill mission" to Britain, France and Spain.

(SA Report (SA), 16.9.87)

16-9-87 1-ZA

Ein Aufschwung mit absehbarem Ende. Südafrikas Wirtschaft in offizieller Sicht

-> Jahresbericht der Zentralbank

Der im zweiten Halbjahr 86 festgestellte Konjunkturaufschwung hat im ersten Halbjahr 87 an Stärke verloren. Der gedämpfte Wirtschaftsgang ermöglicht die Erhaltung eines nicht unwesentlichen Aussenhandelsüberschusses, der für 1987 auf 5-6 Mia. Rand geschätzt wird; Der Rand blieb praktisch unverändert gegenüber dem Schweizer Franken.

Demgegenüber bringt der hohe Diskont des Finanzrand (rund 43%) die politisch motivierte Vertrauenskrise gegenüber SA mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

(Neue Zürcher Zeitung, 16.9.87)

18-9-87 1-ZA

Parlamentarische Vorstösse. SA: Bundesrat anderer Meinung als Weltkirchenrat

BR-Antwort auf Einfache Anfrage NR Peter Spälti (FDP, ZH): Der BR hat die Beziehungen schweizerischer Kirchen zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) nicht zu beurteilen und nimmt auch nicht Stellung zur internationalen Tätigkeit des ÖRK, solange diese die Eidgenossenschaft nicht direkt betrifft. In seinen Beziehungen zu SA lässt er sich indessen von anderen Grundsätzen leiten als der ÖRK: "Zwar verurteilt die Landesregierung, gleich wie der ÖRK, die Apartheid klar und deutlich; sie hält aber den Dialog für das einzige Mittel, Spannungen abzubauen und für alle Gruppen der Bevölkerung annehmbare Lösungen zu finden." Spälti hatte sich an einer ÖRK-Erklärung gestossen, in der der bewaffnete Kampf gegen die Politik der Rassentrennung in SA unterstützt wird.

(SDA/Neue Zürcher Zeitung, 18.9.87)

18-9-87

Ein Pamphlet gegen Südafrika. "Neue Tageszeitung" der Anti-Apartheid Bewegung

Absolut vernichtender Artikel von Jürg Dedial über die "Neue Tageszeitung" der AAB: "deftige Anwürfe", "Stories", "vor Verdrehungen, Lücken, Unterschiebungen und Schlägen unter die Gürtellinie" strotzend etc.

(Neue Zürcher Zeitung, 18.9.87)

22-9-87 1-ZA

Privatisierungspläne in Südafrika. Ein Weissbuch der Regierung

(Neue Zürcher Zeitung, 22.9.87)

24-9-87 1-ZA

Südafrika in den neunziger Jahren

Unter dem Titel "Die Welt und SA in den 90er Jahren" hat Clem Sunter, Direktor der Anglo American Corporation ein Szenario für die Zukunft SA's entwickelt.

Sunter unterscheidet zw. "Gewinnern" und "Verlierern". Zu den Eigenheiten der "Gewinner" gehören ein hochentwickeltes Erziehungssystem, eine gute Arbeitsmoral, die Fähigkeit, Kapital zu mobilisieren, soziale Harmonie und starke internationale Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft und Technologie. Um diese Stärken umzusetzen braucht ein Land nach Sunter eine in ihren Vollmachten beschränkte Regierung, ein gesundes Familiensystem und niedrige Steuern.

SA habe die Voraussetzungen, ein "Gewinner" zu werden (reiche natürliche u. menschl. Ressourcen, gute Infrastruktur, Erziehungssystem, Gesundheitswesen). Wirtschaft:

Förderung eines dualen Systems: technisch fortgeschrittener Produktions- und Dienstleistungssektor mit beschäftigungsfördernder Wirkung auf den informellen Sektor.

ABER: Problem politische Unwägbarkeiten; Pretoria stehe quasi vor der Wahl: Beibehaltung der gegenwärtigen Politik oder ehrlicher Dialog mit allen massgeblichen schwarzen Führern
Idealfall nach Option 2: das Beispiel Schweiz; das zu erreichen sei aber unwahrscheinlich, obwohl die Prinzipien, auf denen das schweizerische Modell beruht, unter Berücksichtigung spezifisch südafrikanischer Eigenheiten angewandt werden sollten.

(Neue Zürcher Zeitung, 24.9.87)

25-9-87 1-ZA

Irritierender Wirtschaftserfolg Japans in Südafrika. Bald grösster Handelspartner Pretorias

(Neue Zürcher Zeitung, 25.9.87)

25-9-87 1-ZA

From PW to FW

PW has had his day, schreibt die Financial Mail - und präsentiert gleich den wahrscheinlichsten Nachfolger: FW de Klerk, in einem Artikel plus längerem Interview
Frage: In May you stated that the NP won't accept majority rule in a unitary state and that the only workable solution is a balance of power where everyone has power and a share in the power, but in such a way that no one can manipulate the system to seize all power. Is this not an extremely rigid and prescriptive approach to negotiation?

De Klerk: "No. There is broad consensus on this view. Many black leaders opposed to the government accept that a typical one-man-one-vote system in a unitary state is not the solution for SA. Everyone involved in the negotiation process, and those one would like to see more fully involved, make no bones about their points of view - so why shouldn't the NP clearly state its own strongly held views?

Negotiation is a give and take process. You aren't negotiating if all the giving is from one side and the taking from the other. Rigidity is bad for negotiation and the NP is not rigid. It has views about certain basics, but built into my statement is preparedness to share power, to reach a situation where de jure and de facto we will no longer dominate others. Refusal to accept this as a departure point implies support for a system where a majority will be able to dominate minorities, and I'm sure that's unacceptable to the leaders of all minority groups in SA."

(Financial Mail (SA), 25.9.87)

25-9-87 1-ZA

Group Areas: too little, too late

Govt. plans to restructure residential apartheid revive the cliché about Nationalist reform - too little, and too late.

Vorschläge: local options in opening residential areas; all non-residential land and property (except farm land, seen as a separate issue) available to everyone; the scrapping of the Separate Amenities Act (although access to facilities would then be controlled at local level)

(Financial Mail (SA), 25.9.87)

26-9-87 1-ZA

SA creditors beat freeze

A growing number of SA's foreign creditors are taking advantage of the revised "exit clause" included in the three-year debt rescheduling agreement signed in March to convert their frozen short-term debt into repayable ten-year loans. \$441 mio of the \$13 bn frozen by the September 1985 partial debt moratorium have been converted in this way since July. The exit option only came into effect in July. Commenting on the debt conversion figures, Deputy Finance Minister Kent Durr claimed they reflected a return of foreign confidence in SA which has repaid over R15 bn in foreign debt over the last two years but still managed to double foreign reserves to R8bn over the last 6 months.

(Financial Times, 26.9.87)

28-9-87 1-ZA

EC states "have failed to enforce sanctions"

A dossier of statistics suggesting that EC member-states have failed to enforce their own trade sanctions against SA is to be presented to the Danish govt, currently the chair of the EC Council of Ministers. The figures show that member-states like the UK and West Germany continued to import iron and steel products from SA, 10 months after they agreed to restrict them.

(Financial Times, 28.9.87)

10-87 1-ZA

Südafrika: Stand und Wirkung von Sanktionen

-> Forschungsergebnisse der britischen AAB von Oktober 87
(Dritte Welt 7-1988, abgelegt in 1-ZA 1988/1)

2-10-87 1-ZA

Reagan rejects New Pretoria Sanctions

(Int.Herald Tribune (US), 2.10.87)

2-10-87 1-ZA

Südafrikanische Warnung an die Adresse Washingtons

Pik Botha hat den US-Kongress aufgefordert, die Verhängung weiterer Sanktionen gegen SA gründlich zu überdenken. In einem Brief an US-Aussenminister Shultz schrieb Botha, in SA arbeiteten 2 Mio. Schwarze aus dem Ausland. Er vertraue darauf, dass der Kongress sich die Folgen überlegen werde, die weitere Strafmassnahmen für diese haben würden. Ein Jahr nach der Verhängung von amerikanischen Sanktionen gegen SA wird Reagan dem Kongress einen Bericht über SA vorlegen.
(Reuter/Neue Zürcher Zeitung, 2.10.87)

2-10-87 1-ZA

Zebra im Fadenkreuz

-> ganzseitige Inserate, die rund 20 prominente südafr. Geschäftsleute im "Wall Street Journal" und dem kanadischen "Global Mail" platzieren. Das erste (Kostenpunkt \$43'000) erscheint diese Woche, nachdem Erscheinen von Reagans Bericht zum Anti-Apartheid-Gesetz: im Bild wird ein Zebra gezeigt - im Fadenkreuz. Der Slogan dazu: "Shoot it in the white and the black dies with it." Das Zebra stehe für das System der freien Marktwirtschaft in SA. 2. Slogan, unten auf dem Plakat: "Free enterprise frees People. Sanctions don't."
(Abbildung des Inserats in Kleinformat in der Financial Mail (SA), 2.10.87)

2-10-87 1-ZA

The Eskom Fraud: the ultimate culprit

Currency swindle through the medium of Eskom stock
(Financial Mail, 2.10.87)

2-10-87 1-ZA

- 44 Main Street. Buttressing growth pillars: Anglo American

Management at 44 Main Street has been steadily working to ensure the long-term stability and growth of Anglo American's earnings. The next big moves could come offshore

- The political overlay

-> Anglo American chairman Gavin Relly comments on the outlook for Anglo, the mining industry and the economy (Interview)
(Financial Mail, 2.10.87)

3-10-87 1-ZA

SA gold mine ends union recognition

Anglo American Corporation cancels all recognition agreements with the black miners union.

(Fin.Times (Br), 3.10.87)

4-10-87 1-ZA

Secret Shell formula to beat boycott

Shell has adopted a secret plan to defend itself against a consumer boycott. A confidential report commissioned by Shell has warned the company that the protest action could be serious.

(Observer (Br), 4.10.87)

5-10-87 1-ZA

Börse erweitert permanenten Aktienhandel

Ab heute wird an der Zürcher Börse versuchsweise auch ein permanenter Handel in 14 ausländischen Titeln aufgenommen (bislang nur CH-Aktien): u.a.: Anglo American Gold Investment Co., Johannesburg.
(Tages-Anzeiger, 5.10.87)

8-10-87 1-ZA

Hohe Devisenverluste bei South African Transport Services

Die Regierung SA's hat eine Untersuchung der Umstände angeordnet, die zu einem Devisenverlust von 3,9 Mia Rand bei South African Transport Services (SATS) geführt haben. Die Verluste sollen dadurch entstanden sein, dass die SATS-Verwaltung beschlossen hatte, keine Absicherungstransaktionen für aufgenommene Fremdwährungskredite einzugehen.
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.10.87)

8-10-87 1-ZA

Wirtschaftlich erfolgreiche Dezentralisierung in Südafrika

(Neue Zürcher Zeitung, 8.10.87)

9-10-87 1-ZA

South Africans seeking finance

SA, or an SA company, is seeking to raise a substantial sum in US dollars, according to market sources. The deal has been deliberately shrouded in secrecy and a complex series of sub-deals, effectively screening the borrower and the lender from public scrutiny.

Euroweek understands that a SA company has approached a Swiss registered company, which through a series of intermediaries has applied to a Swiss bank, thought to be the UBS, for a loan. This enables the Swiss bank to lend money to what appears to be a Swiss company with a clean conscience.

The SA company is believed to be borrowing with the guarantee of one of the country's banks, and this guarantee is thought to have made the final borrower acceptable to the lender despite the bank's apparent ignorance of the true destination of the funds.

Direct loans to SA and SA companies dried up in 1985 (debt moratorium). Now that the world's major banks have pulled out, or appear to have done so, the main arrangers of SA loans are the smaller private banks in Switzerland and Germany, and Benelux which are running hidden financial deals to provide funds. Through complex arrangements, guarantees and letters of credit they are able to provide "legitimate" finance from larger banks, which may be unaware of the final destination of the funds.

A spokesman for UBS, when asked about the bank's general policy, said: "We don't want to be active in looking for new engagements in SA." However, he did suggest that the door to lending was not closed, while stressing that UBS was not currently involved in any projects. The Swiss Banking Association confirmed that Swiss banks may still be involved with SA loans, but added that any new lending would be after a careful analysis of risk factors rather than of political ones. The Association denied that the smaller Swiss banks were involved in SA financing.

Quotes, auch von deutschen, britischen und US-Banken
(Euroweek, the euromarket's first newspaper, Issue no. 22, 9.10.87)

9-10-87 1-ZA

Sweden announces full-scale ban on trade

Sweden has announced a ban on trade with SA, though it has exempted three companies and reserved judgement on three more requests for exemption. However, 294 companies which traded with SA have been ordered to stop.
(SA Report (SA), 9.10.87)

9-10-87 1-ZA

Overseas bankers more positive towards SA

SA officials observe a notable improvement in the attitude of American and European bankers towards SA.

(SA Report (SA), 9.10.87)

9-10-87 1-ZA

Group Areas: The new old deal

(Financial Mail (SA), 9.10.87)

10-10-87 1-ZA

**Schein und Wirklichkeit in Südafrika: Zürcher Vortrag Gerhard de Kocks
Vortrag vor der SSAA**

Se Kock habe "fünf falschen Vorstellungen, welche inner- und ausserhalb SA's über sein Land kursierten, die wahren Gegebenheiten gegenübergestellt; dies in der Absicht, im Blick auf das Verständnis und einen allfälligen Beitrag zu einer Lösung der eingestandenermassen gravierenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen (...) eine 'einigermassen realistische Lagebeurteilung' zu ermöglichen. Bedauerlicherweise unterliess es dabei der Redner, sich auch nur annäherungsweise mit der alles entscheidenden Frage, nämlich den politischen Gegebenheiten im Lande, genauer mit den Absichten der Regierung Botha und der politischen Zukunft der Reformen, auseinanderzusetzen; statt einer realistischen Analyse des politischen Kräftespiels, die zweifellos interessiert hätte, hatte man gleichsam zu guten Treuen die von südafrikanischer Seite oft gehörte Blankoaussage entgegenzunehmen, die politischen Reformen, das heisst die Beseitigung der Apartheid, gehen voran.

Es bereitete dem Wirtschaftslenker de Kock offenkundig Genugtuung, zu berichten, dass zum ersten SA keineswegs, wie erwartet und geschildert worden sei und werde, an der Schwelle der politischen Revolution und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehe. Vielmehr sei die Regierung in der Lage, Sicherheit sowie Ruhe und Ordnung derart zu gewährleisten, dass auch die Wirtschaftsexpansion voranschreiten könne. De Kock räumte zwar ein, dass die Wirtschaft unter der Kombination widriger aussenwirtschaftlicher und politischer Umstände stark zu leiden hatte, dass aber die durch die politische Lage erzwungenen wirtschaftlichen Anpassungsmassnahmen zu sehr günstigen Resultaten geführt haben. So erzielte SA in den letzten 3 Jahren Ertragsbilanzüberschüsse in der Grössenordnung von 4,5 bis 5% des Bruttoinlandprodukts und wird das Land seit Ende 1984 bis Ende 1987 4,8 Mia \$ seiner Schulden getilgt haben; weiter stiegen die Gold- und Devisenreserven von 1,9 Mia \$ Ende April 86 auf 4,1 Mia \$ Ende Juli 87, während der Rand von einem Tief von 36 Cents im Juni 86 auf nun rund 48 Cents gestiegen ist. Als Preis dafür waren eine Verlangsamung des Wachstums und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit hinzunehmen; doch ist die Wirtschaft inzwischen wieder auf den Pfad leichten Realwachstums von etwas mehr als 2% (gemessen am BIP) zurückgekehrt.

Im Blick auf die weiteren falschen Vorstellungen hob de Kock sodann hervor, dass die Wirtschaftssanktionen des Auslandes wie auch der Prozess des Abzugs von Investitionen (Disinvestment) die politischen Reformen nicht wie verheissen beschleunigt, sondern vielmehr verzögert hätten; denn die Sanktionen hätten einerseits zu einer innenpolitischen Verhärtung geführt, andererseits, soweit sie eine wirtschaftliche Verlangsamung bewirkten, auch das Fortkommen der Schwarzen beeinträchtigt."

(unvollständiger Zeitungsausschnitt, Schluss des Artikels fehlt)

(Neue Zürcher Zeitung, 10./11.10.87)

12-10-87 1-ZA

"Admiration for SA's handling of economy"

gebe es "overseas", sagte der SA-Finanzminister Barend du Plessis nach seiner Rückkehr. Er hatte in Zürich und München Banker besucht und flog nachher für die Jahrestagung des IMF nach Washington.

(The Citizen (SA), 12.10.87)

13-10-87 1-ZA

West German report confirms sanctions as effective weapon

(Southscan (Br), 13.10.87)

13-10-87 1-ZA

Tutu fordert Sanktionen

Am Vorabend der Commonwealth-Konferenz in Vancouver sagte Tutu in einem Interview mit der kanadischen Zeitung "Toronto Star", die Kreditgeber SA's könnten die Regierung unter Druck setzen und einen Beitrag zum Kampf gegen die Politik der Rassentrennung leisten. Dazu seien die Banken bisher aber nicht bereit gewesen, weil ihnen, so Tutu, der Profit wichtiger sei als Menschenleben. Wirtschaftssanktionen seien die letzte friedliche Waffe gegen die Apartheid.

(AP/Tages-Anzeiger, 13.10.87)

14-10-87 1-ZA

Bid to bar S.African gold

ANC develops new plan: it proposes that reservebanks release amounts of gold equivalent to SA gold imports and ban these imports. In this way a surge in gold prices would be prevented, while maximum pressure was brought on the SA economy.

(Southscan (Br), 14.10.87)

15-10-87 1-ZA

Thatcher wins fight against new sanctions

Thatcher has won her battle against moves within the commonwealth to declare tougher sanctions against SA.

(Independent (Br), 15.10.87)

16-10-87 1-ZA

Black do back sanctions, warns survey

Despite hardships, support for pressure higher than in 1985

A major nationwide survey (conducted during August and September by the Community Agency for Social Change (CASE)) has revealed that two thirds of black South Africans support sanctions.

The survey - which for the first time included people in the rural areas - also revealed that the ANC leader Nelson Mandela and the ANC are the country's most popular political actors for blacks.

Mark Orkin, a director of CASE, said that the repression of three successive States of Emergency had shown blacks that it was "essential that the full range of pressure should be brought to bear to help end apartheid."

(Weekly Mail (SA), 16.-22.10.87)

16-10-87 1-ZA

Sanctions in Vancouver

-> Commonwealth-Treffen: leaders still deeply split over the imposition of further sanctions; they have asked a committee of 19 foreign ministers to present them with definite proposals. The group is mandated to examine both sanctions and new measures to aid SA's neighbours.

(Weekly Mail (SA), 16.-22.10.87)

17-10-87 1-ZA

Drängen auf Sanktionen gegen SA: Der Präsident des Reformierten Weltbundes (Allan Boesak) beim SEK

Würde die CH insbesondere die Flugverbindungen und den Goldhandel mit SA unterbinden, wäre dort nach Ansicht Boesaks innert weniger Monate eine substantielle Änderung zu erwarten.

(Neue Zürcher Zeitung, 17.10.87)

21-10-87 1-ZA

Two-thirds of black S.Africans want sanctions

According to an independent national survey of 800 black South Africans 46% of the 30m black people support "conditional" sanctions. 21% call for full sanctions. A minority accepts the idea of massive unemployment resulting from sanctions, the findings sharply contradict both local anti-sanctions lobbyists such as Buthelezi, and the position of both US President Reagan and PM Thatcher.

(Southscan (Br), 21.10.87)

21-10-87 1-ZA

Der Kampf der Kirchen gegen die Apartheid. Pressekonferenz von Frank Chikane (Generalsekretär SACC) in Bern

Chikane meint, wie Boesak, dass vor allem eine Einstellung des Bankengeschäfts innert kurzer Zeit zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage führen und die Regierung so zu Verhandlungen zwingen würde.

Chikane richtete einen Appell an den Bundesrat, bei den Banken in diesem Sinne zu intervenieren und gleichzeitig eine unzweideutige Absichtserklärung gegenüber Pretoria abzugeben.

(Neue Zürcher Zeitung, 21.10.87)

22-10-87 1-ZA

Südafrikanischer Kirchenvertreter ruft Schweiz zu Sanktionen auf (Chikane)

Von der CH fordert der Generalsekretär des SA Kirchenrats, dass sie den Goldhandel, die Landrechte der südafrikanischen Fluggesellschaft, die industriellen Investitionen und namentlich die Kreditvergabe der Banken zugunsten der südafrikanischen Regierung überprüfe. Sanktionen seien das einzige noch verbliebene Mittel, um weiterer Gewalt vorzubeugen.

Als Vorbedingungen für politische Gespräche nennt Chikane: Wiederezulassung des ANC und der anderen verbotenen politischen Gruppierungen, Rückkehr der im Exil lebenden Südafrikaner und eine klare Absichtserklärung der Regierung, dass es nicht nur um ein erneutes Stühlerücken, sondern um die Abschaffung der Apartheid selber gehe.

Die von Buthelezi angeregte Indaba-Lösung, die für eine vereinigte Provinz KwaZulu/Natal ein Konkordanzsystem mit Minderheitenschutz vorsieht, will Chikane nicht gelten lassen.

Denn sie anerkenne die Grundlage des bestehenden Systems, die ungleiche Landverteilung etwa. Buthelezi ist aus Sicht Chikanes ohnehin nur ein Vertreter des Apartheidregimes, ein "Angestellter des Staates" ohne wirkliche demokratische Legitimation.

(Tages-Anzeiger, 22.10.87)

22-10-87 1-ZA

Protestmarsch zum Flughafen

AAB und Asylkoordination planen am 24-10 einen Protestmarsch von ZH Oerlikon nach Kloten, um auf die Drehscheibenfunktion des Flughafens aufmerksam zu machen:

"Flüchtlinge werden ausgeschafft, südafrikanisches Gold eingeschafft."

(Tages-Anzeiger, 22.10.87)

23-10-87 1-ZA

Sanctions: case against CASE

Financial Mail nimmt die Umfrage auseinander, die CASE bei Schwarzen bezüglich ihrer Haltung zu Sanktionen gemacht hat.

(Financial Mail (SA), 23.10.87)

23-10-87 1-ZA

Commonwealth summit: Sanctions off the boil

Thatcher won't budge on sanctions, she even firmly put the case for encouraging economic expansion. And she attacked the ANC, calling it a "typical terrorist organisation" which people should fight and not embrace.

"Her statement not only takes Britain back to prior to the Nassau summit, where it agreed to call for the unbanning of the ANC, but is a significant setback for the ANC itself, which has secured a string of diplomatic triumphs in the past two years. Thatcher might not have stopped the sanctions bandwagon, but she has certainly held it up. Combined with the attack on the ANC it is a strong message to Pretoria that as far as she is concerned, the heat is off." (Financial Mail (SA), 23.10.87)

24-10-87 1-ZA

Kirchenbund für Überprüfung der Beziehungen zu Südafrika. Aufruf an Bundesrat und Wirtschaft

Der SEK hat in den vergangenen Wochen die Besuche von verschiedenen bedeutenden Kirchenführern aus SA empfangen und sich dabei von Pfr. Jean-François Bill, Pfr. Dr. Allan Boesak und Pfr. Frank Chikane über die gegenwärtige Situation in den Kirchen und in der Gesellschaft SA's informieren lassen. Übereinstimmend zeichnen die Vertreter der Kirchen ein Bild der fast unüberwindbaren Schwierigkeiten, welche sich der Arbeit der Kirchen in diesem Land entgegenstellen. Pastorale Arbeit und der Einsatz für die vom Ausnahmezustand hart betroffene Bevölkerung werden fast verunmöglicht. Die verstärkte Zensur verhindert jede offene Kommunikation. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass die weisse Regierung und die weissen Kirchen nicht daran denken, aktiv auf einen grundsätzlichen Wandel in der südafrikanischen Gesellschaft hinzuwirken und die Apartheid abzuschaffen.

SA-Kirchenvertreter sagen, dass nur internationaler wirtschaftlicher Druck auf die SA-Regierung Chance für friedlichen Wandel ist und dass der CH dabei eine Schlüsselrolle zukomme.

SEK: "Angesichts dieser Situation rufen wir den BR und die Vertreter der CH-Wirtschaft auf, ihre politischen bzw. wirtschaftlichen Beziehungen zu SA unter dem Aspekt der Glaubwürdigkeit der demokratischen Tradition und humanitären Verantwortung unseres Landes zu überprüfen."

(Neue Zürcher Zeitung, 24./25.10.87)

24-10-87 1-ZA

Der Flughafen als Drehscheibe für Asylbewerber und Gold

Der Sprecher der AAB kritisierte die Grossbanken wegen ihrer Zusammenarbeit mit SA. Sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sei im Juni dieses Jahres in Zürich ein südafrikanisches Finanzkonsulat eröffnet worden, das das schlechte Image des Landes aufbessern und Geschäfte in Gang bringen solle.

Asea Brown Boveri wolle in Zürich die Konzernzentrale einrichten, um die Sanktionsbestimmungen, die in Schweden nun in Kraft treten, zu umgehen.

(Neue Zürcher Zeitung, 24./25.10.87)

26-10-87 1-ZA

Drehscheibe für Gold und Asylbewerber: Protestmarsch zum Flughafen

400-500 Demonstranten (Asylbewegung, AAB, von linken Parteien unterstützt)

Die Demonstranten verlangten ein Landeverbot für die South African Airways und wirksame Sanktionen gegen die SA-Regierung.

Paul Rechsteiner: Die Solidarität der Schweiz gelte "den Reichen und den Fluchtgeldern"; die CH betreibe eine Südafrikapolitik, die nur noch mit der "obskuren Rechtsdiktaturen" vergleichbar sei.

(Tages-Anzeiger, 26.10.87)

27-10-87 1-ZA

Das Geschäft der Schweiz mit Südafrika. Rückläufige Handels- und Kapitalbeziehungen schliessen Umgehungsgeschäfte nicht aus

NR Paul Rechsteiner hat die Regierung vor einem Jahr aufgefordert, sämtliche Kapitalexperte sowie den Goldhandel mit SA dem "courant normal" zu unterstellen, d.h. auf dem heutigen Stand einzufrieren. Die vorberatende Kommission des NR empfiehlt die

parlamentarische Initiative mit grosser Mehrheit zur Ablehnung (Abstimmung voraussichtlich in Dezembersession). Rechsteiner: "Noch in der Dezembersession 1986 haben sich viele Mitglieder der Kommission gegen Sanktionen, aber für 'Massnahmen' gegen SA ausgesprochen. Davon war an der Kommissionssitzung im Juli nichts mehr zu hören. Mit dem Argument, der Handel mit SA sei in jeder Hinsicht rückläufig, lehnte eine Mehrheit meine Initiative ab."

"Es gibt keine Probleme", ist auch die Hauptbotschaft der interdepartementalen Arbeitsgruppe des Bundes zu Beobachtung des Aussenhandels und des Kapitalverkehrs mit SA (die quasi als CH-Antwort auf den Ruf nach Sanktionen ins Leben gerufen worden ist) Die Plafonierung auf den "courant normal" würde weitere SA-Kredite praktisch ausschliessen. Dem "courant normal" unterstellt worden war in den 70er Jahren bereits einmal der Kapitalexport nach Rhodesien. Umgehungsgeschäfte zur Brechnung des Rhodesienboykotts wurden damals zudem unter Strafandrohung verboten - was sie zwar nicht verhindert, aber verteuert hat.

Umgehungsgeschäfte mit SA hingegen werden heute nur "beobachtet", Strafen drohen keine. Edouard Brunner: "Die härtere Haltung bei Rhodesien drängte sich auf, weil der Uno-Sicherheitsrat weltweite Sanktionen beschlossen hatte. Bei SA ist dies nicht der Fall. Gäbe es aber eine ähnlich breite Front gegen SA, dann müsste wohl auch die CH mitziehen."

Die Aufgaben an die AG waren so gestellt, dass sie praktisch keine Probleme boten. So ist der Aussenhandel mit SA nach CH-Statistiken seit 1984 im Sinken begriffen. Die Exporte nahmen bis 1986 um 21% ab, bei den Importen derselbe Trend. Im April 1987 kehrte aber der Trend: die CH-Importe kletterten steil an und übertrafen im August die Vorjahreszahlen schon um 70%, und die Exporte erholten sich so weit, dass sie im August lediglich noch 4% unter den Vorjahreszahlen lagen.

Nationalbank-Statistik über SA-Guthaben bei CH-Banken: Fielen vom absoluten Rekordjahr 1984 um 48% bis 1986 und sollen laut AG 1987 auf diesem Niveau stagnieren. Aufgrund dieser Zahlen sind für die AG Umgehungsgeschäfte oder Positionsgewinne der CH-Wirtschaft in SA auf Kosten westlicher Länder praktisch ausgeschlossen.

Der recht drastische Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen mit SA galt allerdings für alle Länder (wirtschaftl. Krise - aus polit. Gründen - in SA plus ab 85 Schuldenkrise).

>>die günstigen Zahlen, auf die sich die AG beruft, lassen mehr Fragen offen, als sie beantworten

SBG-Sprecher Beat Zimmermann: "Das kurzfristige Kreditgeschäft läuft normal weiter, und die SBG steht auch zu ihren langfristigen Krediten" (SA schuldet der SBG 1,5 Mia Fr.). Ob die CH-Banken 1986 für Hunderte von Millionen Dollar Goldswaps gekauft haben, weiss Zimmermann nicht: "Vieles läuft jetzt hinter den Kulissen."

Anonym bleiben wollender Bankfachmann aus Zürich: "In der Welle von Kreditrückforderungen der letzten 2 Jahre haben vor allem die kleineren Banken und die in der CH ansässigen Auslandfilialen ihre Ausstände hereingeholt. Das Grossbankenengagement ist sich aber etwa gleich geblieben. Zudem findet jetzt eine Umlagerung der Kredite an SA statt: weg von den Banken, hin zu Finanzierungsgesellschaften, deren Guthaben in keiner Statistik vermerkt werden. Die interne Risikoeinschätzung der Banken ist im übrigen keineswegs so gedämpft, wie dies der Öffentlichkeit gegenüber gesagt wird. Das zeigt sich am Interesse an SA-Krediten, welche in London oder New York zu Discountpreisen andern Banken abgekauft werden können. Die Preise bewegen sich um die 70 Prozent des Nominalwerts der Kredite. Die Käufer, darunter auch Schweizer Finanzinstitute, spekulieren selbstverständlich mit hundertprozentiger Zurückzahlung durch die Südafrikaner."

Ebenso offen bleibt die Frage, ob rückläufige Aussenhandelszahlen beweisen, dass keine Umgehungsgeschäfte über die CH getätigt werden. Die AG verfügt zur Kontrolle bloss über die Aussenhandelsstatistiken des BAWI und veranlasst Stichproben in den Warentransitlagern (Kontrolle der Ursprungszeugnisse, die durch die kantonalen Handelskammern zertifiziert werden müssen - eine Routinehandlung, bei der echte nicht von gefälschten Zeugnissen unterschieden werden können).

"Wir sind eben kein Wirtschaftspolizeistaat", entschuldigt Ko-Präsident Alexei Lautenberg die Impotenz der AG.

Die SA-Regierung hat sich auf die Sanktionen eingestellt: schuf 1986 die neue Regierungsstelle "Undersecretariat for Unconventional Trade", die neue Beziehungsnetze für die Sanktionsumgehung knüpft und dabei auch mit dubiosen Firmen zusammenarbeitet: z.B. mit der GMR-Gruppe auf den Seychellen, die dem Italiener Giovanni Mario Ricci gehört. GMR eröffnete 1986 einen Geschäftssitz in Johannesburg. Vorsitz: Craig Williamson (ehem. SA-Geheimdienstler). Ziel: Filialen ausländischer Firmen zu kaufen, die in SA desinvestieren wollen. Williamson: für diese Tätigkeit hätten sich engl., dt., ital. und schweizerische Geldgeber interessiert. Die GMR hat auch einige Briefkastenfirmen in der CH

-KASTEN: Der Goldhandel figuriert nirgends

1985 besass die CH ca. 10% aller Auslandinvestitionen in SA und war der viertwichtigste Importeur südafrikanischer Waren, insbesondere Krügerrand-Goldmünzen. Der Krügerrand-Handel sei seither zusammengebrochen, sagt die AG des Bundes, was sich aber nicht nachprüfen lässt: Seit letztem Jahr werden die Aussenhandelsstatistiken SA's nicht mehr veröffentlicht, und in den CH-Statistiken figurieren Krügerrand, wie Gold überhaupt, nicht. (Tages-Anzeiger, 27.10.87)

30-10-87 1-ZA

Sanctions nip turns to bite – report

The report "sanctions begin to bite" by AAM argues that SA's pattern of trade has been distorted for two decades by sanctions imposed by African, Asian, Caribbean and socialist countries and this imbalance has been exacerbated more recently by a huge outflow of Western capital.

(Weekly Mail (SA), 30.10.87)

30-10-87 1-ZA

Majority reject sanctions - poll results

"During the past thirty-odd months a spate of social survey findings concerning the issues of disinvestment and sanctions have been published in the media. Many of these surveys have been seriously lacking in some of the most essential aspects needed to ensure valid and reliable results. The public have at fairly frequent intervals been confronted with conflicting and confusing data. The following information is an attempt to elucidate the situation."

(SA Digest (SA), 30.10.87)

11/12-87 1-ZA

- Klares Votum für Sanktionen

-> Cosatu-Beschlüsse zu Sanktionen und Disinvestment

- Aus den Cosatu-Resolutionen (Wortlaut)

(informationsdienst südliches afrika (BRD) 6-87)

11/12-87 1-ZA

"Zeichen wachsender Nervosität"

Südafrikas Botschafter und der DGB-Aufruf zu Wirtschaftssanktionen

(informationsdienst südliches afrika (BRD) 6-87)

4-11-87 1-ZA

For SA, a golden cushion

The economic reality in SA is gold, the rest is little more than a sideshow.

(Int.Herald Tribune (US) 4.11.87)

6-11-87 1-ZA

Gold: Why it won't perform

-> warum der Goldpreis nach dem "schwarzen Montag" nicht anstieg

(Financial Mail (SA), 6.11.87)

6-11-87 1-ZA

Black attitudes to sanctions

->nochmals zu Umfrageresultaten
(S.A. Barometer, 6.11.87)

10-11-87 1-ZA

Enttäuschte Hoffnungen des "kleinen Mannes": Der Kurssturz an der Johannesburger Börse

Drei Wochen nach dem "schwarzen Montag" an der Wall Street hatte der Index aller Aktien an der Jhb Börse 40% eingebüsst. Vom Sturz am stärksten betroffen waren die Edelmetallaktien; nicht verwunderlich, nachdem - entgegen den Erwartungen - der Goldpreis nicht mit einer Hausse reagierte. Zum ersten Mal seit Jahren fiel auch der Platinpreis unter denjenigen des Goldes. Wilde Gerüchte über den Goldverkauf westlicher Banken machten die Runde, die jedoch, wenigstens schweizerischerseits, dementiert wurden, wenn auch Goldverkäufe durch ungenannte Gremien stattgefunden hätten.
(Neue Zürcher Zeitung, 10.11.87)

12-11-87 -ZA

Asea-Chef Barnevik: BBC ein "hervorragender Partner"

bloss 5 Gegenstimmen an der GV in Schweden.

Bengt Göran Jansson forderte die Aktionäre im Namen der "Afrikagruppen" und der "Volkskampagne gegen Kernkraft und Kernwaffen" auf, die Fusion abzulehnen. Begründet wurde die Aufforderung mit dem Südafrika-Handel der BBC sowie dem Versuch, BBC-Kernkrafttechnologie auch an Dritt-Welt-Länder zu verkaufen.

(Der Bund, 12.11.87)

13-11-87 1-ZA

- Part of the process: Freilassung Govan Mbekis als Testlauf für Freilassung Mandelas

Mbeki darf aber nicht öffentlich sprechen oder zitiert werden

Eigentlich stehe nichts mehr im Wege für eine Freilassung Mandelas; Pretoria brauche aber noch Rückversicherung in zwei Punkten:

> That the release of such an enormously symbolic and influential person will not trigger further unrest

> That there will be a point to the release: that even if, as is likely, Mandela (and the other Rivonia prisoners) refuse to participate in the National Council as it stands, their (unconditional) freedom will at least make it possible, in theory, to draw Buthelezi into the negotiations

When Pretoria releases Mandela, it must be to negotiate with him - and the ANC

- Return from the cold

über Govan Mbeki

(Financial Mail (SA), 13.11.87)

20-11-87 1-ZA

Der Preis der Freiheit. Südafrika: begrenzte Sanktionen kontra Totalboykott

"Die internationale Sanktionsbewegung befindet sich in einer kritischen Phase, denn just im Moment einer der schwersten Wirtschaftskrisen SA's muss sie strengere Massnahmen gegen die Regierung in Pretoria fordern, weil mittlerweile klar geworden ist, dass selektive und begrenzte Sanktionen nicht viel bringen, dass nur eine totaler Wirtschaftsboykott das Regime in die Knie zwingen kann. Auch die schwarzen Gewerkschaftsmitglieder des Landes bekennen sich nunmehr in einer Grundsatzerklärung zu bindenden Sanktionen - sogar wenn es auf Kosten ihrer Arbeitsplätze geht."

-> Cosatu-Resolutionen, -> CASE-Umfragen

(Artikel von Philipp Niekerk (Weekly Mail (SA)), zuerst erschienen im britischen New Statesman, Oktober 87; WochenZeitung, 20.11.87)

14-11-87 1-ZA

Tories clash on S African sanctions

(Fin. Times (Br), 14.11.87)

22-11-87 1-ZA

Kohl rejects sanctions as a solution in South Africa

Kohl: "time is running out" for the apartheid, but mandatory sanctions or armed struggle are "hypocritical" answers. According to Kohl every opportunity should be seized to promote dialogue among "all forces" in SA for a peaceful change. Violent means would lead to "absolute chaos."

Int. Herald Tribune (US) 22.11.87)

24-11-87 1-ZA

Expansion der Staatsausgaben Südafrikas

Der stv. Generaldirektor des Finanzdepts musste zugeben, dass die Staatsausgaben zusehends "ausser Kontrolle geraten".

(Neue Zürcher Zeitung, 24.11.87)

27-11-87 1-ZA

Foreign Debt: breaking the myths

The "problem" of SA's foreign debt repayments is ultimately one of the mismanagement of the Rand. It should also not be forgotten that Pretoria created the "crisis" in the first place. These and others myths about foreign debt need to be dispelled and replaced by rational, free-market policymaking

-> Vorschläge von 2 business economists der Wits University

(Financial Mail (SA), 27.11.87)

30-11-87 1-ZA

Ein Plan zur Teuerungskämpfung in Südafrika. Bericht des Economic Advisory Council

(Neue Zürcher Zeitung, 30.11.87)

12-87

Schuldenrückzahlung

Weitere 400 Mio Rand an Auslandschulden hat SA im vergangenen Dezember zurückgezahlt. Diese Zahlung erfolgte nur einen Monat nach der Rückzahlung der letzten Rate eines Kredites von 2,4 Mia Rand, den SA 1982 vom Internationalen Währungsfonds erhalten hatte.

(Panorama (SA), 2-88)

12-87 1-ZA

Rüstungs-Technologietransfer nach Südafrika

SA ist zum zehntgrössten Rüstungsproduzenten der Welt geworden

Für Aufbau wichtig: Zugang zu hochsophistischer Technologie

Abschottung der Sowjetunion/Warschau Pakt Länder von westlicher High-Tech durch Westen klappt bestens (Cocom); CH hat seit 1951 ausgeklügeltes Instrumentarium, um Export solcher Güter dorthin zu unterbinden

>>wieso nicht Anwendung gleichen Rechts gegenüber SA?

Interpellation Rechsteiner, 17.7.87: Ob der BR nicht auch der Auffassung sei, "dass gegenüber SA nicht mindestens so wirksame Massnahmen getroffen werden müssen (mit Einbezug der Lizenzen, Briefkastenfirmen etc.)", wie sie im Cocom-Regime von der CH seit 51 angewendet werden.

Rechsteiner: "Unter die Cocom-Liste fallen Güter, bei denen die militärische Nutzung möglich ist, und zivile Technologien, die geeignet sein könnten, die strategische Kapazität des Empfängerlandes zu stärken. Beim Waffenembargo gegen SA ist die Optik in der Praxis gerade umgekehrt: Alles, was zivil genutzt werden kann, darf geliefert werden. Das führt zum

Ergebnis, dass viele militärisch und strategisch relevante Güter nicht an die Länder des Warschau-Paktes, wohl aber nach SA geliefert werden dürfen."

Antwort BR: das Exportvolumen von Computerausrüstungen nach SA sei "nicht der Rede wert und hat sich nicht vergrössert". Der BR unterschlägt dabei Rüstungsproduktionseinrichtungen mitsamt entsprechendem Knowhow, das von der CH seit langem nach SA verschoben wird (Beispiele, v.a. Oerlikon-Bührle).

>>Das in der Verordnung über die Warenausfuhr übernommene Cocom-Regime zeigt, dass ein entsprechend breiter Begriff strategischer Güter auch verwaltungsmässig keine Probleme aufwirft, sofern der entsprechende politische Wille vorhanden ist.
(Friedenspolitik Nr.43/Dez.1987)

12-87 1-ZA

Blacks turn their backs on disinvestment

-> nochmals über die unterschiedlichen surveys
(Race Relations News, Dec. 87)

1-12-87 1-ZA

Trotz Apartheid: Immer mehr SchweizerInnen reisen nach Südafrika

(i3w Entwicklungspolitischer Dokumentations- und Pressedienst, Nr. 21, 1.12.87)

9-12-87 1-ZA

Aufruf der UDF zu einem Fastentag in SA. Protest gegen die anhaltende Inhaftierung von Regimegegnern

Nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation "Detainees Parents Support Committee" dürften sich noch rund 1800 Personen hinter Gittern befinden, ohne dass sie einem Richter vorgeführt oder unter Anklage gestellt worden wären. Darunter befinden sich 128 Jugendliche unter 18 Jahren. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni 1986 insgesamt fast 20'000 Südafrikaner für unterschiedliche Dauer in Haft gesetzt.

37 Männer und eine Frau warten auf die Vollstreckung der Todesurteile.

(Neue Zürcher Zeitung, 9.12.87 und Basler Zeitung, 10.12.87)

11-12-87 1-ZA

Schweizerische Aussenpolitik im Fall Südafrika: Neutralité et discrétion à la suisse

-> AG Sanktionsumgehung: die Statistiken, auf die sie sich stützt, sind unvollständig und unzuverlässig.

(WochenZeitung, 11.12.87)

11-12-87 1-ZA

Südafrika-Business mindestens as usual. Wie ASEA-BBC schwedische Südafrika-Sanktionsbestimmungen umgehen

CH ist zum Sitz des neu fusionierten Elektrokonzerns ASEA Brown Boveri erkoren worden - denn ZH ist eine Drehscheibe für alle möglichen SA-Geschäfte, und die CH kennt, im Gegensatz zu Schweden, keine Sanktions- oder Boykottbestimmungen gegen das Apartheidregime.

(WochenZeitung, 11.12.87)

14-12-87 1-ZA

Guarding the credit of Pretoria

Interview mit Gerhard de Kock, Reserve Bank Chef

De Kock: "It was hell being governor two years ago [1985, als Chase Manhattan etc. ihre Anleihen nicht verlängerten]. It's a lot more pleasant now."

Und: "It used to be my private theory, but it's now an established fact - sanctions and disinvestment have not forced Pretoria to speed up change. On the contrary: If foreign companies had stayed and invested more, we would be further down the road to reform and elimination of the vestiges of apartheid. Reform is taking place - nothing and nobody can

stop it. You can slow it or accelerate it, but you can't stop it. What foreigners should ask themselves is whether their actions will slow or speed up the pace. Experience shows that sanctions and disinvestment contributed to the Conservative Party becoming the official opposition in the May elections and forced business to divert its energies into busting sanctions and profiting from disinvestment. The net result has been counter-productive for the sanctions-lobbyists. It has slowed the pace of reform."

(Financial Times, 14.12.87)

29-12-87 1-ZA

Realitätsferne südafrikanischer Prognostiker

"Südafrikanische Wirtschaftsprognosen haben angesichts der Realitäten an Glaubwürdigkeit verloren. Solange keine durchgreifenden, die Weltmeinung überzeugenden Reformen erfolgen, wird der Wirtschaftsgang unter dem Vorzeichen politischer Ungewissheit weiter dahinsiebeln."

(Neue Zürcher Zeitung, 29.12.87)

31-12-87 1-ZA

Kein Anlass zu Euphorie in Südafrika. Die Wirtschaft im Zeichen politischer Imponderabilien

Aussicht auf 1988: "Sanktionen mögen teilweise umgangen oder lax gehandhabt werden: Eine Lockerung ist nicht zu erwarten, eher schon eine Verschärfung."

(Neue Zürcher Zeitung, 31.12.87)

Diese Chronologie wurde in von der 'Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika' mitfinanziert.